



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1965

Montag, den 8. November 1965

Nr. 45

Inhalt:	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1309	Bekämpfung der Schnüffelkrankheit der Schweine 1316
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 10. bis 27. 10. 1965	1309	Weitergewährung der Waisenrente im Wege des Härteausgleichs nach § 89. BVG über das 25. Lebensjahr hinaus bzw. nach der Verheiratung 1317
Der Hessische Minister des Innern		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Zuständigkeit für die Änderung von Familiennamen und Vornamen	1310	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterstelle Odersberg im Forstamt Driedorf 1317
Genehmigung einer öffentlichen Sammlung; hier: Blindenhilfswerk Hessen, Bad Homburg v. d. H.	1314	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Auflösung der Revierförsterei Wolfsbaum, Forstamt Babenhäusen 1317
Genehmigung einer öffentlichen Sammlung; hier: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen e. V., Frankfurt/Main	1314	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Auflösung des Hess. Forstamt Gieselwerder und der Revierförsterei Gottsbüren-Ost 1317
Verlust eines Polizeiführerscheines	1314	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Umwandlung der Revierförsterei Steinbach, Hess. Forstamt Schiffenberg, in eine Forstwartel 1317
Vereinfachung der Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen; hier: Änderung des Vordrucks „Verkehrsunfallanzeige“	1315	Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Auflösung der Forstwartel Erzbach, Forstamt Groß-Bieberau 1317
Der Hessische Minister der Finanzen		Personalmeldungen
Nachversicherung von Artikel 6 § 18 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes (FANG) vom 25. 2. 1960	1315	C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1317
Der Hessische Kultusminister		H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen 1325
Einstellungsbedingungen und Bestimmungen für die staatliche Schule für Krankengymnastik an den Kliniken der Justus Liebig-Universität Gießen	1315	Öffentlicher Anzeiger
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		Genehmigung für einen Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen von Frankfurt (Main) nach Salzburg (Österreich) 1320
Ausführungsanweisung zur Durchführung des Erlaubnisverfahrens nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) vom 10. 9. 1964	1316	Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen betr. Durchführung von Aufgaben der Kriegsopferfürsorge 1320
Wiedererteilung der Bestallung als Tierarzt und Ruhen der Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes	1316	

1083

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die am 16. März 1965 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode habe ich dem Schüler Berthold Böhme, Rengershausen, Krs. Frankenberg, die Hessische Rettungsmedaille verliehen.

Wiesbaden, 7. 9. 1965

Der Hessische Ministerpräsident
II/4 — 14 c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 16. März 1965 spreche ich dem Schüler Jürgen Scriba, Rengershausen, Krs. Frankenberg, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 7. 9. 1965

Der Hessische Ministerpräsident
II/4 — 14 c
StAnz. 45/1965 S. 1309

1084

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 10. bis 27. 10. 1965

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Preis
DM

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 12 Neue Folge
Der Bruttolohn und seine Besteuerung 1961 2,50

Statistische Berichte

A I 1 — vj 2/65 / A II 1 und A II 2 — vj 2/65 / A III 1 — vj 2/65

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 1965 1,50

Preis
DM

C II 2 — m 9/65 (erscheint nur für April bis Oktober)
Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen
im September 1965 —,50

C II 4 — m 9/65 (erscheint nur für Mai bis November)
Ernteberichterstattung über Wein in Hessen
im September 1965 —,50

C III 1 — vj 3/65
Der Schweinebestand am 3. September 1965 in Hessen
— endg. Erg. — —,50

C IV 3 — m 9/65
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen
in Hessen im September 1965 —,50

E I 1 — m 8/65
Die Industrie in Hessen im August 1965 1,—

E I — F I/S — m 9/65
Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen
Vorläufige Zahlen für September 1965 1,—

G IV 1 — m 8/65
Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im August 1965 —,50

H I 1 — m 8/65
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen
im August 1965 — Vorauswertung — Vorl. Zahlen —,50

H I 1 — m 8/65
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 1965 —,50

H I 4 — m 8/65
Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen
in Hessen im August 1965 —,50

K I 1 — j/64
Die Sozialhilfe in Hessen im Jahre 1964 1,—

M I 1 — m 8/65
Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen
im August 1965 1,—

	Preis DM
M I 1 — m 9/65	
Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Sept. 1965	1,—
M I 2 — m 9/65	
Verbraucherpreise in Hessen im September 1965	1,—
N I 1 — vj 3/65 — Teil I	
Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter	1,—
N I 1 — vj 3/65 — Teil II	
Angestelltenverdienste	1,—
Wiesbaden, 27. 10. 1965	

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 Az.: 77 a 241/65
St.Anz. 45/1965 S. 1309

1085

Der Hessische Minister des Innern

Zuständigkeit für die Änderung von Familiennamen und Vornamen

Durch die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 27. September 1965 (GVBl. I S. 210), die am 1. Oktober 1965 in Kraft getreten ist, ist die Zuständigkeit für Namensänderungen neu geregelt worden. Die Verordnung ist an die Stelle der gleichnamigen Verordnung vom 4. Mai 1949 (GVBl. S. 113) getreten. Sie berücksichtigt die Änderungen, die sich aus der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und aus § 59 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit der Verordnung über die Verteilung der Aufgaben der Landesverwaltung auf der Kreisstufe vom 23. März 1953 (GVBl. S. 39) ergeben haben.

§ 1 bestätigt die bereits auf Grund der genannten Vorschriften bestehende Rechtslage, wonach untere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 5, 9 und 11 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (RGBl. I S. 9) — NÄG — in kreisfreien Städten und in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Magistrat, im übrigen der Landrat als Behörde der Landesverwaltung ist.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 6 Satz 1 NÄG ist nach § 2 Abs. 1 der Verordnung der Regierungspräsident. Auch dies entspricht der bisherigen Regelung.

Durch § 2 Abs. 3 der Verordnung, der auf § 6 Satz 2 NÄG zurückgeht, ist mir die Zuständigkeit zur Entscheidung über Anträge, mit denen ein Familiennamen erbeten wird, der eine frühere Adelsbezeichnung enthält, vorbehalten worden. Damit ist mein Erlaß vom 18. April 1961, betr. Zuständigkeit für Namensänderungen (St.Anz. S. 498) überholt und außer Kraft getreten. Die Regierungspräsidenten entscheiden nunmehr auch über Anträge, die sie ausnahmsweise als begründet ansehen, obgleich die Richtlinien der Genehmigung entgegenstehen. Die Verpflichtung, mir in Zweifelsfällen zu berichten, bleibt unberührt.

Nachstehend wird die Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung über die Änderung und Feststellung von Familiennamen und die Änderung von Vornamen in ihrer geltenden Fassung zur Kenntnisnahme abgedruckt. Von einer Wiedergabe der Vordrucke ist abgesehen worden.

Wiesbaden, 18. 10. 1965

Der Hessische Minister des Innern
II A 4 — 25 h 04/25 — 7/65 — 8 —
St.Anz. 45/1965 S. 1310

Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung über die Änderung und Fest- stellung von Familiennamen sowie über die Änderung von Vornamen

vom 14. Dezember 1960 (GMBl. 1961 S. 11) in der Fassung
der AVV vom 8. Mai 1963 (GMBl. S. 230)

Auf Grund des § 13 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 9) in Verbindung mit den Artikeln 125, 129, 83 und 84, Abs. 2 des Grundgesetzes erläßt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

A. Änderung von Familiennamen

- Das Namensänderungsverfahren findet ausschließlich vor den Verwaltungsbehörden statt. Die untere Verwaltungsbehörde bereitet die Entscheidung vor, die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet, soweit die Entscheidung nicht der obersten Landesbehörde vorbehalten ist (vgl. Nummer 14).
- Das Land bestimmt, welche Behörden untere und höhere Verwaltungsbehörden sind.

- Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Wohnsitz des Antragstellers; in Ermangelung eines Wohnsitzes ist sein gewöhnlicher Aufenthalt maßgebend.
- (1) Fehlen diese Merkmale, so richtet sich der Reihe nach die örtliche Zuständigkeit nach dem letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort des Antragstellers oder seiner Vorfahren im Bundesgebiet (einschließl. des Landes Berlin). Wird hierdurch keine örtliche Zuständigkeit begründet oder bestehen Zweifel hierüber, so entscheidet der Bundesminister des Innern, welches Land für die Bearbeitung des Antrags zuständig ist.
(2) Das Land bestimmt in diesen Fällen die zuständige Verwaltungsbehörde.
- Der Antrag muß bei der unteren Verwaltungsbehörde schriftlich oder zu Protokoll gestellt werden.
- (1) Für eine beschränkt geschäftsfähige oder geschäftsunfähige Person muß der gesetzliche Vertreter (Vater, Mutter, Vormund, Pfleger) den Antrag stellen. Ein Vormund oder Pfleger bedarf zur Antragstellung der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts; es genügt nicht, daß das Vormundschaftsgericht lediglich erklärt, gegen die Namensänderung keine Bedenken zu haben. Die Genehmigung des Vormundschaftsgericht wird erst mit der Bekannntgabe an den Vormund oder Pfleger wirksam.
(2) Wenn der zweite Ehemann einem Kinde seiner Ehefrau aus erster Ehe, das im gemeinsamen Haushalt aufwächst, seinen Namen zu geben wünscht, so kann er selbst nur dann einen wirksamen Antrag auf Namensänderung für das Kind stellen, wenn er vom Vormundschaftsgericht zu dessen gesetzlichem Vertreter bestellt ist. Ist die erste Ehe geschieden, so ist diejenige Person antragsberechtigt, der die Vertretung in persönlichen Angelegenheiten zusteht. Steht diese Vertretung dem ersten Ehemann zu, so muß er auch dann den Antrag stellen, wenn das Kind zwar rechtlich als sein Kind gilt, in Wirklichkeit aber der zweite Ehemann dessen Erzeuger ist. Weigert sich der erste Ehemann, den Antrag zu stellen, so muß es den Beteiligten überlassen bleiben, beim Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Pflegers zu erwirken, der mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts die Namensänderung des Kindes beantragen kann.
(3) Fehlt es an einem rechtswirksamen Antrag, so hat die untere Verwaltungsbehörde von einer Weiterleitung der Vorgänge an die höhere Verwaltungsbehörde abzusehen.
- Stellt der gesetzliche Vertreter für eine beschränkt geschäftsfähige Person den Antrag auf Namensänderung, so ist diese vom Vormundschaftsgericht zu dem Antrag zu hören, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet hat. Hat sie ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so genügt die Anhörung durch den zuständigen deutschen Konsul oder, wo keine deutsche konsularische Vertretung im Ausland besteht, eine nach den Bestimmungen des betreffenden Landes öffentlich beglaubigte Erklärung der beschränkt geschäftsfähigen Person.
- (1) In dem Antrag ist der Grund anzugeben, der die Namensänderung rechtfertigen soll. Außerdem hat der Antragsteller beizufügen:
 - den Nachweis, daß er entweder Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder staatenlos mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Bundesgebiet (einschließl. des Landes Berlin) ist. Zum Nachweis, daß der Antragsteller Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, braucht nur in Zweifelsfällen eine Bescheinigung der Staatsangehörigkeitsbehörde vorgelegt zu werden. Der Nachweis des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes wird durch eine Bescheinigung der Meldebehörde geführt;
 - beglaubigte Abschriften des Geburtseintrags des Antragstellers und aller Personen, auf die sich die Änderung des Familiennamens erstrecken soll, sowie, falls der Antragsteller verheiratet ist, eine beglaubigte Abschrift des Familienbuches oder, falls ein Familienbuch nicht geführt wird, beglaubigte Abschrift des Heiratsintrags. Kirchen-

- buchauszüge genügen, soweit sie sich auf Personenstands-fälle beziehen, die sich vor Errichtung der Personenstandsregister oder im Ausland ereignet haben. Können die beglaubigten Abschriften oder die Kirchenbuchauszüge nicht beigebracht werden, so können zur Glaubhaftmachung auch andere Mittel zugelassen werden;
- c) Beitrittserklärungen seiner Ehefrau und seiner über 16 Jahre alten minderjährigen Kinder, sofern sich der Antrag auch auf diese erstreckt;
- d) Zustimmungserklärungen seiner volljährigen Kinder, seiner Eltern und seiner Geschwister; stimmen diese nicht zu, so ist der Grund für die Weigerung anzugeben;
- e) eine Bescheinigung über seine Einkommens- und gegebenenfalls auch seine Vermögensverhältnisse. Bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, ist regelmäßig eine Auskunft des Finanzamts vorzulegen; bei lohnsteuerpflichtigen Personen genügt eine Bescheinigung des Arbeitgebers. Wird weder Einkommensteuer bezahlt noch Lohnsteuer einbehalten, so ist dies anzugeben. Soll aus familienrechtlichen Gründen ein Name geändert werden, so sind auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse desjenigen nachzuweisen, dessen Namen der Antragsteller erhalten soll;
- f) eine Erklärung darüber, ob er schon einmal einen Antrag auf Namensänderung gestellt hat. Ist dies der Fall, so sind auch die Behörde, bei der der frühere Antrag gestellt wurde, sowie die von dieser getroffene Entscheidung anzugeben;
- g) eine Erklärung, daß ihm bekannt ist, in welcher Höhe Verwaltungsgebühren erhoben werden können;
- h) die Äußerung des Ehemannes, wenn eine Ehefrau während bestehender Ehe die Führung eines von dem Namen des Mannes abweichenden Familiennamens beantragt; dagegen entfallen die in Nummer 8 Abs. c) und d) geforderten Erklärungen.
- (2) Fehlen dem Antrag die erforderlichen Unterlagen, so hält die untere Verwaltungsbehörde den Antragsteller zur nachträglichen Beibringung an. Sie teilt ihm dabei, soweit dies im Einzelfall geboten erscheint, die geeigneten Wege zur Beschaffung mit.
9. Treten dem Antrag außer der Ehefrau und den minderjährigen Kindern des Antragstellers auch andere Familienangehörige (z. B. volljährige Kinder, Geschwister usw.) für ihre Person bei, so sind die unter Nummer 8 Abs. a) bis h) bezeichneten Unterlagen auch für sie beizubringen.
10. Die untere Verwaltungsbehörde beschafft folgende Unterlagen:
- a) die Stellungnahme der Ortspolizeibehörde oder der Behörde, welche die Aufgaben der früheren Ortspolizeibehörde wahrnimmt, soweit die untere Verwaltungsbehörde nicht selbst diese Behörde ist. Bei Antragstellern über 14 Jahren ist die zuständige Kriminalpolizei regelmäßig zu beteiligen. Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so ist stets dem zuständigen deutschen Konsul Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wo deutsche konsularische Auslandsvertretungen bestehen;
- b) einen Strafregisterauszug über alle strafmündigen Personen, auf die sich der Antrag erstreckt;
- c) bei Anträgen von volljährigen Personen, die im Bundesgebiet (einschließlich des Landes Berlin) ihren Wohnsitz (Aufenthalt) haben, eine Auskunft des Amtsgerichts des Wohnort (Aufenthaltsorts), ob der Antragsteller und die übrigen volljährigen Personen, auf die sich der Antrag erstreckt, im Schuldnerverzeichnis stehen;
- d) (1) die Stellungnahme der unmittelbar Beteiligten, die zu hören sind. Wer unmittelbar beteiligt ist, richtet sich nach Lage des Einzelfalles. Als unmittelbar beteiligt sind die in Nummer 8 Abs. c) und d) aufgeführten Personen anzusehen, also die Ehefrau, die über 16 Jahre alten minderjährigen Kinder, die volljährigen Kinder, die Eltern und Geschwister des Antragstellers.
(2) Weitere Familienangehörige sind nur bei Namensänderungen, die unter familienrechtlichen Gesichtspunkten erfolgen, als unmittelbar beteiligt anzusehen. In diesem Falle sind nicht nur die Familienangehörigen des Kindes, dessen Name geändert werden soll, sondern auch die Familienangehörigen desjenigen, dessen Namen das Kind erhalten soll, unmittelbar beteiligt.
(3) Von der Anhörung eines Beteiligten kann abgesehen werden, wenn er im Bundesgebiet (einschließlich des Landes Berlin) weder Wohnsitz noch Aufenthalt hat oder sein Aufenthalt unbekannt ist.
(4) Die am Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Antragstellers wohnenden Träger des beantragten Namens sind nur dann zu hören, wenn ihre Zahl verhältnismäßig gering ist. Welche Personen außerdem noch zu hören sind, weil ihre Rechte durch die beantragte Namensänderung berührt werden, hängt von der Lage des einzelnen Falles ab. Grundsätzlich sind überflüssige Anfragen zu vermeiden und nur die an der Namensänderung wirklich interessierten Personen zu hören; wohnt eine zu hörende Person im Ausland, so ist dem Antragsteller die Beibringung einer Stellungnahme der interessierten Personen aufzugeben, falls nicht von der Beibringung einer Stellungnahme abzusehen ist;
- e) in Zweifelsfällen eine Stellungnahme des Jugendamtes, wenn es sich um ein uneheliches Kind, ein Stiefkind oder ein Pflegekind handelt.
11. Die untere Verwaltungsbehörde legt den Antrag mit den vollständigen Unterlagen und einem begründeten Vorschlag der höheren Verwaltungsbehörde vor.
12. Die höhere Verwaltungsbehörde prüft die Vorgänge zunächst auf ihre Vollständigkeit und veranlaßt erforderlichenfalls die Ergänzung der Unterlagen. Von einer Veröffentlichung des Antrags unter Bestimmung einer Frist zur Geltendmachung von Einwänden wird regelmäßig abgesehen werden können. Erscheint eine Veröffentlichung ausnahmsweise angezeigt, so sind die Kosten vorher von dem Antragsteller einzuziehen.
13. Einem Antrag auf Namensänderung ist nur stattzugeben, wenn ein wichtiger Grund die Namensänderung rechtfertigt. Welche Gesichtspunkte für die Entscheidung besonders bedeutsam sind, ergibt sich aus den als Anlage A beigefügten Richtlinien.
14. Zur Änderung eines Familiennamens ist die höhere Verwaltungsbehörde zuständig. Die oberste Landesbehörde kann sich die Entscheidung vorbehalten.
15. Die höhere Verwaltungsbehörde legt die Vorgänge mit ihrer eigenen Stellungnahme der obersten Landesbehörde in denjenigen Fällen vor, in denen sich diese die Entscheidung vorbehalten hat.
16. (1) Über die Änderung des Familiennamens ist eine Urkunde nach dem Muster der Anlagen 1 und 2 auszustellen, die dem Antragsteller von der unteren Verwaltungsbehörde auszuhändigen ist. Wohnt der Antragsteller im Ausland oder hat er dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt, so ist die Urkunde durch den zuständigen deutschen Konsul auszuhändigen, wo deutsche konsularische Auslandsvertretungen bestehen; sonst sind die Urkunden der obersten Landesbehörde zur Weiterleitung an den Antragsteller vorzulegen. Die Namensänderung wird mit der Aushändigung oder Zustellung der Urkunde wirksam, sofern hierfür nicht ein späterer Zeitpunkt festgesetzt ist.
(2) Die Änderung des Familiennamens erstreckt sich gemäß § 1355 BGB auf die Ehefrau und, soweit nicht in der Urkunde etwas anderes bestimmt ist, zugleich auf die unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder des Antragstellers sowie, wenn eine Frau den Antrag gestellt hat, auf ihre unehelichen minderjährigen Kinder, sofern die Kinder den gleichen Namen wie die Antragstellerin tragen. In der Urkunde sind die Ehefrau und die Abkömmlinge des Antragstellers, auf die sich die Namensänderung erstreckt, einzeln aufzuführen. Bei unehelichen Kindern unterbleibt die Angabe der Unehelichkeit.
17. Eine Bekanntmachung der Namensänderung durch Einrücken in eine Zeitung (§ 2 Abs. 2 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes vom 7. Januar 1938 Reichsgesetzbl. I S. 12) ist nur dann anzuordnen wenn besondere Gründe es erforderlich machen. Die Kosten der Bekanntmachung sind von dem Antragsteller vorschußweise einzuziehen.
18. Von der Änderung des Familiennamens gibt die untere Verwaltungsbehörde nach Aushändigung der Urkunde der Ortspolizeibehörde des Wohnsitzes oder des Aufenthaltsortes des Antragstellers oder derjenigen Behörde Kenntnis, welche die Aufgaben der früheren Ortspolizeibehörde wahrnimmt. Ist der Antragsteller im Schuldnerverzeichnis eingetragen, so erhält auch das zuständige Amtsgericht Kenntnis. Bei Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, wird auch die zuständige Strafregisterbehörde und das Verkehrszentralregister von der erfolgten Namensänderung unterrichtet.
19. Die untere Verwaltungsbehörde übersendet über jede Person, deren Name geändert worden ist, eine beglaubigte Abschrift der Urkunde an den Standesbeamten, der das Geburtenbuch (Geburtsregister) und an den Standesbeamten, der das Familienbuch (Heiratsregister) führt (§§ 14, 15 des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 1126 — und §§ 18, 23, 27 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 1139 —). Ist dieser Standesbeamte nicht tätig, nicht erreichbar oder nicht zur Eintragung bereit oder wird das Personenstandsbuch (Standesregister), in dem eine Eintragung vorzunehmen ist, von einer deutschen Auslandsvertretung geführt, so sind die Mitteilungen an den Standesbeamten des Standesamts I in Berlin (West) zu richten.
20. Ist die Geburt oder Heirat nur in einem Kirchenregister beurkundet, so erhält der Kirchenbuchführer die Mitteilung. Ist die Geburt oder Heirat eines Beteiligten in einem ausländischen Register beurkundet, so ist ihm anheimzustellen, die nach dem maßgebenden fremden Recht etwa erforderlichen Schritte zur Bewirkung der Eintragung selbst zu tun.
21. Ob und in welcher Höhe für die Änderung des Familiennamens eine Verwaltungsgebühr erhoben wird, bestimmt das Land im Rahmen der Ersten Verordnung zur Durchführung

des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 7. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 12).

22. Bei Anträgen, die auf Grund des § 3a gestellt werden, kann das Namensänderungsverfahren vereinfacht werden.

B. Feststellung von Familiennamen

1. Auf Grund des § 8 des Gesetzes vom 5. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 9) ist die oberste Landesbehörde befugt, den Familiennamen eines Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder eines Staatenlosen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Bundesgebiet (einschließlich des Landes Berlin) mit allgemein verbindlicher Wirkung festzustellen, wenn es zweifelhaft ist, welchen Familiennamen er zu führen berechtigt ist.
2. Das Namensfeststellungsverfahren kann auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen eingeleitet werden. Die Vorschriften über das Namensänderungsverfahren sind sinngemäß anzuwenden. Über die Feststellung des Namens ist eine Urkunde nach dem Muster der Anlagen 3 und 4 auszustellen.
3. Maßgebend für die Feststellung des richtigen Familiennamens ist diejenige Namensform, die die Vorfahren des Antragstellers zu der Zeit geführt haben, in der die früher vielfach übliche willkürliche Änderung des Namens verboten und damit die Bildung fester Namen abgeschlossen wurde. Dieser Zeitpunkt liegt in den meisten deutschen Ländern zu Beginn des 19. Jahrhunderts.
4. Das Namensfeststellungsverfahren soll nicht an die Stelle des Verfahrens auf Berichtigung von Personenstandseinträgen nach §§ 46 a ff des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1126) treten. Ein solches Berichtigungsverfahren kommt nur dann in Frage, wenn der Nachweis der unrichtigen Eintragung zweifelsfrei erbracht werden kann. In den Fällen dagegen, in denen die im Wege der Abstammung erworbene Namensform wegen Unzuverlässigkeit der Urkunden oder aus ähnlichen Gründen zweifelhaft und der Ausgang eines Berichtigungsverfahrens daher ungewiß ist, ist die Durchführung eines Namensfeststellungsverfahrens angezeigt. Das Namensfeststellungsverfahren soll außerdem der immer häufiger vorkommenden unberechtigten Inanspruchnahme früherer Adelsbezeichnungen wirksam begegnen.
5. Ob und in welcher Höhe für die Feststellung von Familiennamen eine Verwaltungsgebühr erhoben wird, bestimmt das Land im Rahmen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 7. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 12).

C. Änderung von Vornamen

1. Anträge auf Änderung von Vornamen sind nach den unter Abschnitt A gegebenen Vorschriften über die Änderung von Familiennamen zu behandeln, soweit im folgenden nicht etwas anderes bestimmt ist.
2. Zur Entscheidung über einen Antrag auf Änderung von Vornamen ist die untere Verwaltungsbehörde zuständig.
3. (1) Anträgen auf Änderung von Vornamen darf nur entsprochen werden, wenn ein wichtiger Grund sie rechtfertigt. (2) Danach erscheinen z. B. Anträge gerechtfertigt, in denen Adoptiveltern nach der Adoption die Änderung des Vornamens ihres Adoptivkindes beantragen, um dieses enger mit ihrer Familie zu verbinden oder seine Verbindung mit der Vergangenheit zu lösen.
4. Als neue Vornamen dürfen anstößige oder solche Bezeichnungen, die ihrem Wesen nach keine Vornamen sind, nicht gewählt werden. Die Wahl mehrerer Vornamen und die Verbindung mehrerer Vornamen zu einem Vornamen ist zulässig.
5. Die untere Verwaltungsbehörde benachrichtigt nach der Aushängung der Urkunde nach dem Muster der Anlage 5 dieselben Stellen von der Vornamensänderung, die von der Änderung eines Familiennamens Kenntnis erhalten.
6. Ob und in welcher Höhe für die Änderung des Vornamens eine Verwaltungsgebühr erhoben wird, bestimmt das Land im Rahmen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 7. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 12).

D. Inkrafttreten und Aufhebung von Vorschriften

(1) Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 1952 in Kraft.*) Sie gilt auch in Berlin, wenn der Senat von Berlin sie für das Land Berlin in Kraft setzt.

(2) Die Runderlasse des ehemaligen Reichsministers des Innern vom 8. Januar und 18. August 1938 (Reichsministerialblatt innere Verwaltung, S. 69 und 1345) werden aufgehoben.

*) Diese Bestimmung betrifft das Inkrafttreten der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften in der Fassung vom 18. Dezember 1951 (Bundesanzeiger Nr. 5 vom 9. Januar 1952 und Gemeinsames Ministerialblatt 1951, S. 267). Die Änderungen auf Grund der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung über die Änderung und Feststellung von Familiennamen sowie über die Änderung von Vornamen vom 3. Oktober 1960 sind am 9. Oktober 1960 in Kraft getreten.

Anlage A

Richtlinien für die Bearbeitung der Anträge auf Änderung des Familiennamens

I. Allgemeines

1. Das geltende Recht, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch, geht davon aus, daß der Familienname grundsätzlich die Abstammung aus einer bestimmten Familie kennzeichnet. Jede Namensänderung im Verwaltungswege beeinträchtigt die Erkennbarkeit der Herkunft aus einer Familie und erleichtert damit eine Verdunkelung des Personenstandes. Eine Namensänderung darf deshalb nur dann erfolgen, wenn wichtige Gründe sie rechtfertigen. Bei der Prüfung des Antrages ist ein strenger Maßstab anzulegen.
2. Mehrfache Änderungen des Namens einer Person sind tunlichst zu vermeiden.
3. Ein Name darf nur geändert werden, wenn aus der Person des Antragstellers keine Bedenken gegen die Namensänderung herzuleiten sind. Ist der Antragsteller bestraft, so braucht die Bestrafung allerdings nicht regelmäßig zu einer Ablehnung des Antrages zu führen. Ist die Bestrafung geringfügig gewesen oder liegt sie längere Zeit zurück, scheint der Antragsteller auch die Gewähr dafür zu bieten, daß er in Zukunft einen geordneten Lebenswandel führen wird, so kann auch in einem solchen Falle dem Antrag auf Namensänderung entsprochen werden, wenn er sachlich begründet ist. Steht der Antragsteller im Schuldnerverzeichnis, so darf der Name regelmäßig nicht geändert werden, um den Gläubigern die Verfolgung ihrer Ansprüche nicht zu erschweren. Eine Ausnahme wird in Frage kommen, wenn der Antragsteller den erbetenen Namen bereits tatsächlich geführt hat und unter diesem Namen im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist.
4. Als neuer Name kann in erster Linie der Name eines Vorfahren, dann aber auch ein Name gewählt werden, der an den bisherigen Namen anklängt, oder ein völlig neuer Name. Wird der Name eines Vorfahren gewählt, so ist diejenige Namensform zu wählen, die die Vorfahren des Antragstellers in dem nach Abschnitt B Nr. 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift maßgeblichen Zeitpunkt geführt haben. Ein Name, der durch frühere Träger bereits eine bestimmte Bedeutung, z. B. auf historischem, literarischem oder politischem Gebiet erhalten hat, soll im allgemeinen nicht gewählt werden. Das gleiche gilt hinsichtlich der Künstler- und Phantasienamen (Pseudonyme), weil ihre Führung nur vorübergehenden Interessen einer Person zu entspringen pflegt und ihre Übertragung auf das bürgerliche Leben, insbesondere auf die Ehefrau und die Nachkommen, unangebracht wäre. Ein Name, der nur von einer einzigen Familie geführt wird, ist einem nicht blutsverwandten Antragsteller nicht zu gewähren. Im übrigen sind bei der Namensgewährung die privatrechtlichen Interessen sonstiger Namensträger nach jeder Richtung hin zu schützen. Soweit Personen der Namenswahl auf Grund eines schutzwürdigen Interesses widersprechen, wird dem Antragsteller bei Vermeidung der Ablehnung seines Antrags die Wahl eines anderen Namens anheimzugeben sein.
5. Bei der Gewährung von Doppelnamen ist mit Zurückhaltung zu verfahren.

II. Wichtige Gründe, die eine Namensänderung rechtfertigen

1. Für die Beurteilung der Frage, ob wichtige Gründe für eine Namensänderung anzuerkennen sind, bieten im einzelnen die Abschnitte III bis VIII dieser Richtlinien eine Handhabe.
2. Ein wichtiger Grund zur Namensänderung ist im allgemeinen nicht schon darin zu erblicken, daß dem Antragsteller der ihm zustehende Name mißfällt, daß ihm der angestrebte Name ein besseres Fortkommen verspricht oder daß er sich von seiner Familie und den Trägern seines bisherigen Namens lossagen will. Die Tatsache, daß der Antragsteller einen von dem ererbten Namen abweichenden Namen lange Zeit hindurch geführt hat, reicht als Grund für die Gewährung dieses Namens nur dann aus, wenn er den Namen bisher im guten Glauben geführt hat und die Führung des ererbten Namens sich nachteilig für ihn auswirken würde.

III. Familienrechtliche Gesichtspunkte

1. Da der Name die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie kennzeichnet, sollen grundsätzlich alle Familienangehörigen den gleichen Namen führen. Soweit Eltern und Kinder sowie Geschwister eine Änderung des bisher geführten Namens erstreben, werden sie diese in der Regel in der gleichen Weise und in dem gleichen Verfahren zu beantragen haben. Jedoch wird im Einzelfalle den individuellen Gründen einzelner Familienmitglieder in gewissem Umfange Rechnung getragen werden können.
2. Widerspricht die Ehefrau des Antragstellers der Namensänderung, so wird der Antrag regelmäßig abzulehnen sein, auch wenn die Eheleute getrennt leben, es sei denn, daß die Interessen des Antragstellers an der Änderung des Namens erheblich schwerer wiegen als die Interessen der Ehefrau an seiner Beibehaltung. Inwieweit dem Widerspruch eines

minderjährigen Kindes Bedeutung zukommt, wird nach Lage des einzelnen Falles zu beurteilen sein; gegebenenfalls wird das widersprechende Kind von der Namensänderung ausgenommen werden können.

3. Bei bestehender Ehe kann der Ehefrau — abgesehen von § 1355 Satz 2 BGB — nur dann gestattet werden, einen anderen Familiennamen als den des Mannes zu führen, wenn sie dem Familiennamen des Mannes den Namen aus einer früheren Ehe anfügen will. Ein wichtiger Grund kann in diesem Falle anerkannt werden, wenn die Frau unter dem früheren Namen längere Zeit selbständig beruflich tätig gewesen ist und diesen Beruf auch nach ihrer Verheiratung ausübt. Weiter ist Voraussetzung, daß die Frau unter dem bisherigen Namen in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist und im Falle der Versagung der Namensänderung eine empfindliche Beeinträchtigung für sie vorzusehen ist.
4. Ein Anlaß, den Mädchennamen einer verheirateten Frau zu ändern, wird selten vorliegen. Als wichtiger Grund für die Änderung ist aber anzusehen, wenn der Mädchenname grob anstößig ist. Auch wenn der Name der Eltern und Geschwister einer verheirateten Frau gleichzeitig geändert wird, wird man sie von der Änderung nicht ausschließen können.
5. Soll aus familienrechtlichen Gründen einem Kind ein Name verliehen werden, mit dem das Kind blutsmäßig nichts zu tun hat, so ist der Widerspruch eines unmittelbar Beteiligten (Abschnitt A Nr. 10 Buchst. d der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift) dann besonders zu würdigen, wenn alle bisherigen Namensträger zu einem einzigen Familienverbande gehören. Eine Namensänderung Erwachsener aus familienrechtlichen Erwägungen kommt regelmäßig nur dann in Frage, wenn die Personen den erstrebten Namen schon bisher im guten Glauben geführt haben. Dies gilt auch für uneheliche Kinder, insbesondere, wenn es sich dabei um verheiratete Frauen handelt. Im übrigen sind Anträge auf Namensänderung aus familienrechtlichen Gründen nach folgenden Gesichtspunkten zu entscheiden:

a) Eheliche Kinder

Geringe Vorstrafen oder schlechter Lebenswandel des Vaters begründen die Namensänderung des Kindes nicht, dagegen z. B. Sittlichkeitsdelikte des Vaters an den Kindern oder ein Tötungsversuch an der Frau oder ähnliche schwere Verfehlungen, wenn daraufhin die Ehe der Eltern geschieden ist und die Ehefrau ihren Geburtsnamen wieder angenommen hat. Ebenso kann entgegengenommen werden, wenn die nicht allein oder überwiegend schuldig geschiedene Mutter, die ihren Geburtsnamen wieder angenommen hat, diesen auch für ihre Kinder wünscht, weil sie diese im wesentlichen allein erzieht und unterhält.

b) Uneheliche Kinder

(1) Den Gesuchen unehelicher Kinder, die bezwecken, die uneheliche Geburt nicht kenntlich werden zu lassen, ist, wenn ein ausreichender Grund sie rechtfertigt, tunlichst entgegenzukommen.

(2) Wird mit Zustimmung des Erzeugers dessen Name erbeten, so ist bei einem solchen Antrag zunächst die Ehelichkeitserklärung nach §§ 1723 ff BGB anzulegen. Kann eine Ehelichkeitserklärung nicht erfolgen und bestehen keine Zweifel über die Vaterschaft, so kann dem Kinde im Wege der Namensänderung der Name des Erzeugers auch gegen den Widerspruch seiner Angehörigen verliehen werden. Ist der Erzeuger verheiratet und widerspricht seine Ehefrau, so darf über den Widerspruch jedoch nur dann hinweggegangen werden, wenn die Ehefrau keine beachtlichen Gründe für ihr Verhalten angeben kann, sondern aus Schikane handelt.

(3) War der verstorbene Ehemann der Kindesmutter durch den Tod nachweislich verhindert, seine Absicht der Namensgebung an das Kind nach § 1706 BGB auszuführen, so wird ebenfalls dem Antrage auf Namensänderung zu entsprechen sein.

(4) Wird für ein nach Auflösung der Ehe geborenes uneheliches Kind einer Witwe der Name des verstorbenen Ehemannes der Mutter erbeten, so ist die Bewilligung der Namensänderung, falls sie im Interesse des Kindes liegt, in der Regel nur mit dem Einverständnis der nächsten Angehörigen des verstorbenen Ehemannes, insbesondere der ehelichen Halbgeschwister des Kindes, zulässig.

(5) Anträgen unehelicher Kinder auf Änderung des durch Einbenennung (§ 1706 BGB) erworbenen Namens, die nach Auflösung der Ehe der Mutter gestellt werden, ist tunlichst zu entsprechen.

c) Stiefkinder

(1) An Stelle einer Namensänderung ist zunächst eine Adoption der Kinder der Frau aus erster Ehe durch den zweiten Ehemann anzulegen. Dabei ist gegebenenfalls darauf hinzuweisen, daß in diesem Falle die Justizbehörden grundsätzlich von dem Alterserfordernis in § 1744 BGB befreit. Auch vom Erfordernis der Kinderlosigkeit in § 1741 BGB wird weitgehend befreit.

(2) Kommt eine Adoption der Kinder erster Ehe der Mutter nicht in Frage, so kann der Name des jetzigen Ehemannes der Mutter gewährt werden, wenn die Kinder von ihrem Stiefvater Erziehung und Unterhalt erhalten und

hierdurch tatsächlich der Stiefvater an die Stelle des leiblichen Vaters tritt und ferner die Beteiligten auf die Namensänderung Gewicht legen, um die gemeinsame Erziehung mit den Kindern der jetzigen Ehe zu erleichtern oder die Beziehungen zwischen den Kindern und dem Stiefvater inniger zu gestalten. Regelmäßig ist die Namensänderung hiernach nur bei jüngeren, daher noch unselbständigen und erziehungsbedürftigen Kindern zu genehmigen. Bei höherem Alter des Stiefkindes wird sie im allgemeinen nur in Frage kommen, wenn das Stiefkind den Namen des Stiefvaters im Leben, besonders in der Schule, ständig geführt hat und der Namensänderungsantrag trotz Vorliegens der Voraussetzungen seinerzeit nicht gestellt worden ist.

(3) Widersprechen der Vater oder im Falle seines Todes seine Angehörigen dem Ersatz des ererbten Namens durch den des Stiefvaters, so ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Im allgemeinen wird zugunsten der Führung des blutsmäßig zukommenden Namens zu entscheiden, der Antrag auf Namensänderung daher abzulehnen sein. Ist jedoch anzunehmen, daß das Kind unter der Ablehnung des Gesuchs zu leiden hätte, oder erscheint der Widerspruch des Vaters oder seiner Angehörigen als unbeachtlich, besonders weil sie sich sonst nicht um das Kind kümmern und seinen Unterhalt dem Stiefvater allein überlassen, so kann die Änderung des Namens in der Regel genehmigt werden.

d) Pflegekinder

(1) Bei Pflegekindern unehelicher Geburt ist die Adoption oder, sofern die Voraussetzungen hierfür vorliegen, die Einbenennung gemäß § 1706 BGB anzulegen. Erweisen sich diese Verfahren als nicht durchführbar, so kann der Name des Pflegevaters (der Pflegemutter) gewährt werden, wenn das Kind von dem Pflegevater (der Pflegemutter) Erziehung und Unterhalt erhält und die Beteiligten auf die Namensänderung besonderes Gewicht legen, um die Beziehungen zwischen ihnen inniger zu gestalten.

(2) Bei Pflegekindern ehelicher Abstammung ist entsprechend den unter Nummer 5 Buchst. c) für Stiefkinder aufgeführten Grundsätzen zu verfahren.

e) Bräute und Brautkinder

Ist ein Bräutigam unerwartet gestorben oder als Soldat gefallen und die ernstliche Absicht der Eheschließung nachgewiesen, so kann die Bewilligung seines Namens für die Braut und etwaige von dem Bräutigam abstammende Brautkinder in Betracht kommen. Dies gilt auch dann, wenn die Angehörigen des Bräutigams widersprechen. Ein Widerspruch der Angehörigen des Bräutigams ist nur zu beachten, wenn wichtige Gründe vorgebracht werden.

f) Erhaltung aussterbender Namen

Das Aussterben eines Familiennamens ist ein im allgemeinen natürlicher Vorgang und kann nur beim Vorliegen besonderer Gründe eine Namensänderung rechtfertigen (beispielsweise Kriegstod, Namen, deren Träger in einem besonderen Pietät heischenden Ansehen stehen, oder die Fälle des Abschnitts IV).

IV. Mit einem Hofe oder Unternehmen verbundene Familiennamen

1. Die Führung eines mit einem Hofe verbundenen Familiennamens kann genehmigt werden, wenn der Antragsteller Eigentümer (Miteigentümer oder Gesamthandseigentümer) des Hofes ist oder demnächst wird und herkömmlicherweise mit dem Hofnamen bezeichnet wird. In diesem Fall kann auch den volljährigen Kindern des Antragstellers derselbe Name gewährt werden. Dagegen darf die Namensänderung auf Seitenverwandte nicht ausgedehnt werden.
2. Ebenso kann Anträgen entsprochen werden, in denen der Ehemann der kinderlosen Witwe des letzten Eigentümers, die Alleineigentümerin des Hofes ist oder mit ihrem Ehemann im Miteigentum oder Gesamthandseigentum des Hofes steht, und deren Abkömmlinge den mit dem Hofe verbundenen Familiennamen beantragen. Das gleiche gilt, wenn der Ehemann der Erbtochter den Antrag stellt. Voraussetzung ist in jedem Falle, daß der Ehemann der Witwe oder der Erbtochter auf dem Hofe sitzt und herkömmlicherweise mit dem Hofnamen bezeichnet wird.
3. Die durch § 27 des Reichserbhofgesetzes vom 29. September 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 685) eingeführte Möglichkeit, auf Grund einer Anordnung des Erblassers durch Testament oder Erbvertrag den Hofnamen zusätzlich zu führen, ist mit der Aufhebung des Reichserbhofgesetzes (Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20. Februar 1947 — Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Nr. 14 S. 256 —) weggefallen. Die bis zur Aufhebung des Reichserbhofgesetzes eingetretene Namensänderungen bleiben in dem durch die Erbhofgesetzgebung bestimmten Umfange bestehen. Zwischen dem Familiennamen und dem Hofnamen ist in diesem Fall ein Bindestrich einzufügen.
4. Die Führung eines mit einem Unternehmen verbundenen Familiennamens kann dem Ehemann der kinderlosen Witwe des letzten Eigentümers, wenn sie Alleineigentümerin des Unternehmens ist oder mit ihrem Ehemann im Miteigentum (Gesamthandseigentum) des Unternehmens steht, und deren Abkömmlingen gestattet werden. Das gleiche gilt, wenn

der Ehemann der Erbtöchter den Antrag stellt. Voraussetzung ist in diesen Fällen, daß der Ehemann der Witwe oder der Erbtöchter mit dem Unternehmen verbunden ist und es sich um ein altes Familienunternehmen handelt.

- Wird in den Fällen der Nummern 1, 2 und 4 die Führung des mit dem Hofe oder Unternehmen verbundenen Familiennamens neben dem bisherigen Namen beantragt, so kann auch die Bildung eines Doppelnamens in besonders begründeten Fällen genehmigt werden.

V. Anstößige oder lächerlich klingende Namen

Als wichtiger Grund zu einer Namensänderung ist es anzusehen, wenn der bisherige Name anstößig oder lächerlich klingt oder doch geeignet ist, Anlaß zu frivolen oder unangemessenen Wortspielen oder Scherzen zu geben. Bei der Prüfung der Anstößigkeit eines Namens ist grundsätzlich der sachliche Maßstab allgemeiner Erfahrungen anzulegen. Immerhin sind dabei aber auch die besonderen Gründe, die etwa in der Person, dem Beruf oder der Umgebung des Antragstellers liegen, wohlwollend zu berücksichtigen.

VI. Sammelnamen

- Träger von Sammelnamen können durch diese oft nicht mehr unterschieden werden. Dies kann ein wichtiger Grund dafür sein, dem Namen einen unterscheidenden Zusatz hinzuzufügen oder den Namen sonst zu ändern. Änderungen des Namens liegen in diesen Fällen sowohl im öffentlichen Interesse als auch im Interesse des Namensträgers.
- Sammelnamen sind gewisse häufig vorkommende Namen wie beispielsweise: Braun, Becker, Fischer, Haase, Hoffmann, Krause, Krüger, Lange, Lehmann, Mayer, Müller, Neumann, Richter, Schmidt, Schneider, Schröder, Schultz, Schwarz, Wagner, Weber, Weiß, Wolf und Zimmermann.
- Von den Sammelnamen sind die nur örtlich häufigen Namen zu unterscheiden. Im allgemeinen vermag die zufällige Anhäufung eines Namens in einem Orte die Namensänderung nur dann zu rechtfertigen, wenn die Betroffenen durch die Vornamen oder durch andere Merkmale voneinander nicht mehr mit Sicherheit unterschieden werden können.
- Der Verwechslungsgefahr, die durch vorübergehende Anhäufung gleicher nicht zu den Sammelnamen gehörender Namen in einem Berufe, bei einer Behörde, einem Betriebe, einem Geschäftsfache u. dgl. entsteht, soll nicht durch Namensänderung vorgebeugt werden.
- Als Zusatzname kommt in erster Linie der Geburtsname der Mutter oder einer der Großmütter in Frage. Auch der Name der Ehefrau ist als Zusatzname nicht ausgeschlossen. Enthält der als Zusatzname gewünschte Name eine ehemalige Adelsbezeichnung, so ist regelmäßig nur der Name ohne Adelsbezeichnung zu geben.
- Ortsnamen sind als Zusatzname grundsätzlich nicht zu gewähren, es sei denn, daß die betreffende Persönlichkeit für den Ort von so besonderer Bedeutung ist oder war, daß die dauernde Verbindung ihres Namens mit dem Namen des Ortes gerechtfertigt erscheint. Dasselbe gilt für von Ortsnamen abgeleitete Zusätze. Auch hochtrabende Phantasienamen sind nicht zu genehmigen, da ihre Gewährung die Annahme von Doppelnamen schnell zu einer Modesache machen würde.

VII. Namen mit früheren Adelsbezeichnungen

- Wie Namen, die eine ehemalige Adelsbezeichnung enthalten, sich nicht mehr nach Adelsrecht, sondern nach bürgerlichem Recht vererben und ebenso durch uneheliche Abstammung, Ehelichkeitserklärung und Annahme an Kindes Statt übertragen werden, so sind adlige Namen auch auf dem Gebiete der Namensänderungen den bürgerlichen gleichgestellt. In der Gewährung eines solchen Namens im Wege des Namensänderungsverfahrens liegt daher keine Adelsverleihung.
- (1) Anträgen deutscher Staatsangehöriger auf Wiederherstellung eines früher geführten Namens mit einer ehemaligen Adelsbezeichnung als Namensbestandteil wird regelmäßig zu entsprechen sein, wenn folgende Voraussetzungen gleichzeitig vorliegen:
 - Der Antragsteller muß die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem 1. Januar 1919 erworben haben.
 - Die Führung der ehemaligen Adelsbezeichnung muß vor der Einbürgerung durch ein Gesetz oder eine Verwaltungsmaßnahme des früheren Heimatstaates des Antragstellers verboten worden sein.
 - Das Verbot des früheren Heimatstaates des Antragstellers muß überwiegend Angehörige einer deutschen Minderheit betroffen haben. Diese Voraussetzung liegt vor bei Antragstellern deutscher Staatsangehörigkeit, die früher die Staatsangehörigkeit der Länder Estland, Litauen oder der Tschechoslowakei besessen haben.
- (2) Bei Anträgen deutscher Staatsangehöriger, die ihren Namen auf Grund eines familienrechtlichen Tatbestandes wie Abstammung, Legitimation, Eheschließung, Adoption, Ehelichkeitserklärung oder Einbenennung von einer Person ableiten, für die Absatz 1 gilt, ist in gleicher Weise zu verfahren.
- Abgesehen von den in Nummer 2 genannten Fällen ist jedoch bei der Gewährung von Namen mit früheren Adelsbezeichnungen größte Zurückhaltung am Platze, weil An-

träge auf Genehmigung zur Führung eines Namens mit einer früheren Adelsbezeichnung unter Umständen auch aus Eitelkeit oder unläuterer Gründen gestellt werden. Anträge von Angehörigen einer Familie, bei denen eine Linie den Namen mit einer früheren Adelsbezeichnung führt, im Interesse der Familieneinheit allen Familienangehörigen die Führung der ehemaligen Adelsbezeichnung zu gestatten, sind in der Regel nicht zu berücksichtigen.

Regelmäßig wird auch in Fällen, in denen eine Namensänderung gerechtfertigt erscheint und als neuer Name der Name eines Vorfahren gewählt wird, dieser Name ohne die frühere Adelsbezeichnung ausreichen. Geeignete Sachverständige sollen vor der Genehmigung derartiger Anträge gutachtlich gehört werden.

VIII. Ausländische oder nicht deutsch klingende Namen

- Ausländische oder nicht deutsch klingende Namen sollen im Wege der Namensänderung im allgemeinen nicht gewährt werden. Ausnahmen können insbesondere aus Gründen zugelassen werden, die mit den familienrechtlichen Verhältnissen des Namensträgers zusammenhängen.
- Ein ausländischer oder nicht deutsch klingender Name bildet an sich noch keinen wichtigen Grund für eine Namensänderung. Ein wichtiger Grund ist jedoch dann gegeben, wenn die Voraussetzungen des § 3a vorliegen. In diesem Falle gilt Abschnitt VII Nr. 2 entsprechend. Im übrigen kann eine wesentliche persönliche oder wirtschaftliche Behinderung durch die Schreibweise oder die Aussprache als wichtiger Grund für eine Namensänderung anerkannt werden. Hierbei genügt es, daß der Antragsteller die Behinderung glaubhaft macht. Bei deutschen Staatsangehörigen ist es unerheblich, wann die Staatsangehörigkeit erworben wurde. Bei Staatenlosen wird nur in Ausnahmefällen ein wichtiger Grund zur Namensänderung anzuerkennen sein.

1086

Genehmigung einer öffentlichen Sammlung

hier: Blindenhilfswerk Hessen, Bad Homburg v. d. H.

Ich habe dem Blindenhilfswerk Hessen, Bad Homburg v. d. H., Georg-Speyer-Straße 7, auf Grund des Sammlungsgesetzes vom 5. 11. 1934 (RGBl. I S. 1086) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 14. 12. 1934 (RGBl. I S. 1250) für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1966 die Genehmigung zur Durchführung einer öffentlichen Sammlung im Lande Hessen mit der Auflage erteilt, daß in jeder Gemeinde nur einmal gesammelt werden darf und daß die Sammlerstätigkeit während der von mir genehmigten anderen Haus- und Straßensammlungen zu ruhen hat.

Wiesbaden, 27. 10. 1965

Der Hessische Minister des Innern
II A 52 — 21 f 04 — B 9/65 —
StAnz. 45/1965 S. 1314

1087

Genehmigung einer öffentlichen Sammlung

hier: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen e. V., Frankfurt/Main

Ich habe dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen e. V., 6 Frankfurt/Main, Auf der Körnerwiese 5, auf Grund des Sammlungsgesetzes vom 5. 11. 1934 (RGBl. I S. 1086) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 14. 12. 1934 (RGBl. I S. 1250) die Genehmigung erteilt, im Lande Hessen in der Zeit vom 28. Januar bis 2. Februar 1966 eine öffentliche Sammlung von Geldspenden von Haus zu Haus sowie auf öffentlichen Straßen und Plätzen unter Benutzung von Sammelbüchsen und Sammellisten, durch Versendung von Werbeschreiben sowie durch Aufrufe in Presse und Rundfunk durchzuführen.

Wiesbaden, 26. 10. 1965

Der Hessische Minister des Innern
II A 52 — 21 f 04 — P 2/65 — 1
StAnz. 45/1965 S. 1314

1088

Verlust eines Polizeiführerscheines

Der von der Hessischen Polizeischule am 18. September 1964 unter der Listen-Nr. 5742/64 ausgestellte Polizeiführerschein für die Klassen 1 und 3 des ehemaligen Polizeiwachtmeisters Jörg Stecher ist in Verlust geraten.

Der Polizeiführerschein wird hiermit für ungültig erklärt.
Wiesbaden, 26. 10. 1965

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14
StAnz. 45/1965 S. 1314

1089

An alle
Polizeidienststellen im Lande Hessen

Vereinfachung der Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen

hier: Änderung des Vordrucks „Verkehrsunfallanzeige“
(Vordruck Nr. 3.437 — bisher Pol 225a)

Bezug: Mein RdErl. vom 7. 11. 1958 (StAnz. S. 1386)
i. d. F. vom 14. 2. 1959 (StAnz. S. 210)

Im Interesse einer Vereinfachung der polizeilichen Unfallaufnahme und einer Rationalisierung beim Ausfüllen des Vordrucks „Verkehrsunfallanzeige“ beabsichtige ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Justiz und dem Hessischen Statistischen Landesamt, bei einer Neufassung des genannten Vordrucks in Abschnitt V die Reihen 3—5 (Leergewicht, zulässige Belastung, Art der Bremsen) wegfallen zu lassen.

Diese Angaben sind bei den meisten Unfällen für den Untersuchung und strafrechtliche Beurteilung ohne Bedeutung. Sie haben auch bisher bei der statistischen Auswertung der Verkehrsunfallanzeigen keine Berücksichtigung gefunden. Zudem lassen sie sich an Hand der Angaben in den Reihen 1 und 2 im Bedarfsfall nachträglich leicht ermitteln, da sie bei allen Fahrzeugen der einzelnen Fabrikate in der Regel typmäßig festliegen. Diese Angaben werden im allgemeinen nur von Sachverständigen benötigt, die sie aber ohne weiteres den kraftfahrzeugtechnischen Handbüchern entnehmen können.

Bis zur Einführung des neugefaßten Vordrucks „Verkehrsunfallanzeige“ brauchen die in den Reihen 3—5 des Abschnitts V des genannten Vordrucks geforderten technischen Angaben bei der polizeilichen Unfallaufnahme nicht mehr festgestellt und in die Verkehrsunfallanzeige eingetragen zu werden.

Wiesbaden, 22. 10. 1965

Der Hessische Minister des Innern
III B 52 — 66 k 26.05
StAnz. 45/1965 S. 1315

1090

Der Hessische Minister der Finanzen

Nachversicherung nach Artikel 6 § 18 des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes (FANG) vom 25. 2. 1960 (BGBl. I S. 93)

Bezug: Mein Runderlaß vom 19. Mai 1961 (StAnz. S. 628)

In Abs. 3 meines obengenannten Runderlasses vom 19. Mai 1961 wurde ausgeführt, die Anwendung des Art. 6 § 18 FANG setze voraus, daß die aus dem öffentlichen Dienst ausgeschiedenen Personen oder deren Hinterbliebene am 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des FANG gehabt oder danach begründet haben müssen.

An dieser Auffassung wird nicht mehr festgehalten. Der

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und dem Bundesminister der Finanzen nunmehr mitgeteilt, daß vorbehaltlich einer Entscheidung im Rechtszuge die Anwendung des Art. 6 § 18 FANG nicht davon abhängig ist, daß die betroffenen Personen am 8. Mai 1945 einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des FANG gehabt haben oder danach begründen.

Wiesbaden, 21. 10. 1965

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1642 A — 3 — I B 24
StAnz. 45/1965 S. 1315

1091

Der Hessische Kultusminister

Einstellungsbedingungen und Bestimmungen für die staatliche Schule für Krankengymnastik an den Kliniken der Justus Liebig-Universität Gießen

Die Schule vermittelt die Ausbildung als Krankengymnastinnen auf Grund des Gesetzes über die Ausübung des Berufes des Krankengymnasten vom 21. 12. 1958 (BGBl. I S. 985) und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Krankengymnasten vom 7. 12. 1960 (BGBl. I S. 885).

Die Ausbildung dauert entsprechend den Bestimmungen 2 Jahre und schließt ab mit einer staatlichen Prüfung. Nach drei Monaten ist eine schulinterne Zwischenprüfung abzulegen. Diese Zwischenprüfung verfolgt den Zweck, den Lerneifer der Schüler anzuregen und die Fähigkeiten der Schüler zu überprüfen.

LEHRGANGSBEGINN:

Der Lehrgang beginnt jeweils am 1. April jeden Jahres.

Bewerbungen um Zulassung zur Teilnahme an den Lehrgängen werden frühestens 1 Jahr vor Beginn des Lehrganges angenommen.

Mit der Bewerbung ist ein selbstverfaßter eigenhändig geschriebener Lebenslauf, 1 Lichtbild und die beglaubigte Abschrift des Abschluszeugnisses einer Realschule oder des Nachweises einer gleichwertigen Ausbildung einzureichen.

Als dem Realschulabschluß gleichwertig für die Ausbildung können angesehen werden:

- Versetzungszeugnis nach Klasse 7 (Obersekunda eines Gymnasiums),
- Abschluszeugnis einer gewerblichen 2jährigen Berufsschule,
- Zeugnis über die Fachschulreife (Anl. 2 zum Erl. vom 15. 8. 1961, Amtsbl. S. 413),
- Zeugnis über die Prüfung für Nichtschüler zur Erlangung des Schlußzeugnisses der Realschule (Erl. v. 12. 4. 1954, Amtsbl. S. 169, i. d. Fassung vom 24. 7. 1961, Amtsbl. S. 343),

Kann dieser Nachweis zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht erbracht werden, so ist eine beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses einzureichen.

Es werden in der Regel nur Bewerber zugelassen, die bei Beginn des Lehrganges das 19. Lebensjahr vollendet haben. Die Auswahl erfolgt nach den vorgelegten Schulzeugnissen und gegebenenfalls nach persönlicher Vorstellung auf Aufforderung.

Nachweise vor Beginn des Lehrganges:

Für die endgültige Zulassung sind noch folgende Papiere nach Aufforderung einzureichen:

- Geburtsurkunde.
- Polizeiliches Führungszeugnis (Original).
- Ärztliches Zeugnis über die gesundheitliche Eignung für diesen Beruf, mit röntgenologischem Lungenbefund, Blutbild, Befund über Hautzustand, insbesondere Zustand der Hände (Original, nicht älter als 3 Monate).
- Nachweis einer 1/4jährigen pflegerischen Tätigkeit in einer Krankenanstalt vor Beginn des Lehrganges. Ist die pflegerische Tätigkeit zur Zeit der Bewerbung noch nicht abgeleistet, so ist die Bestätigung einer Krankenanstalt über die Annahme zu einem 1/4jährigen Pflegedienst für die Zeit vor Beginn des Lehrganges vorzulegen. Gegebenenfalls kann die pflegerische Tätigkeit an den Gießener Universitätskliniken abgeleistet werden.
- Bestätigung über eine Ausbildung in Stenografie und Maschinenschreiben. Es ist der Nachweis der Fähigkeit, ein Diktat von rund 750 Silben in 10 Minuten in Kurzschrift aufzunehmen und es in höchstens 50 Minuten in Maschinenschrift zu übertragen, erforderlich. Dieser Nachweis erübrigt sich, wenn durch die Vorlage von Schulzeugnissen nachgewiesen wird, daß die Fähigkeiten in Stenografie und Maschinenschreiben im Schulunterricht erworben worden sind.
- Nachweis der Mitgliedschaft in einer Krankenkasse.
- Letztes Schulzeugnis.

Über die Aufnahme in die Schule entscheiden die Leiter der Staatlichen Schule für Krankengymnastik.

Falls die pflegerische Tätigkeit zur Zeit der Zulassung noch nicht abgeleistet ist, gilt die Zulassung vorbehaltlich

der Vorlage einer Bestätigung über den abgeleisteten Pflegedienst bis zum Lehrgangsbeginn.

Die ersten 3 Monate nach Lehrgangsbeginn gelten als Probezeit; während dieser Zeit kann die Schülerin wegen mangelnder Eignung entlassen werden. Die Entlassung einer Schülerin nach Ablauf der Probezeit kann nur ausgesprochen werden, wenn schwerwiegende Gründe (grobe Versäumnisse oder Verstöße gegen den Betrieb, ungehöriges Verhalten o. ä.) es erfordern. Die Entscheidung hierüber liegt ausschließlich in den Händen der Leiter der Schule.

Auf die Dauer des Lehrganges werden angerechnet:

1. Ferien bis zu 6 Wochen jährlich.
2. Erkrankungszeiten bis zur Gesamtdauer von 10 Wochen.

Die Schülerinnen haben pünktlich und regelmäßig zu den praktischen und zu den theoretischen Unterrichtsstunden zu erscheinen. Anordnungen der Lehrpersonen und der ihnen in der praktischen Ausbildung sonst als Vorgesetzte bezeichneten Personen haben sie genau zu befolgen und die Hausordnung der Kliniken zu beachten.

Die Schülerinnen sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen aus ihrer Tätigkeit in den Kliniken bekanntwerdenden Tatsachen, sowohl während der Dauer des Lehrganges als auch nach dessen Abschluß, verpflichtet.

Für vorsätzlich oder grob fahrlässig hervorgerufene Sachschäden in den Lehrräumen und am Klinikinventar ist Ersatz zu leisten.

Das Schulgeld beträgt monatlich 50,— DM; es ist unaufgefordert monatlich im voraus fällig und bei der Zahlstelle der Verwaltung der Universitätskliniken Gießen einzuzahlen. Ein Erlaß oder eine Rückzahlung des Schulgeldes findet bei Nichterscheinen zur Ausbildung, längerer Krankheit, vorzeitiger Beendigung der Ausbildung usw. nicht statt. Schülerinnen, denen nach den geltenden Vorschriften Unterrichtsgeldfreiheit zusteht, zahlen kein Schulgeld.

Bei Unfall im Dienst besteht Unfallversicherungsschutz bei der Hessischen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung.

Für die Schutzkleidung haben die Schülerinnen selbst zu sorgen; ebenfalls für deren Reinigung und Instandhaltung.

Innerhalb der Universitätskliniken besteht keine Wohnmöglichkeit.

Lehrplan:

Die Ausbildung an der staatlichen Krankengymnastik-Schule besteht aus:

- a) dem theoretischen Unterricht
 - b) der praktischen Ausbildung
- a) Der theoretische Unterricht sieht folgende Lehrfächer vor:
1. Anatomie
 2. Physiologie
 3. Allgemeine Krankheitslehre und Hygiene

4. Spezielle Krankheitslehre aus den Gebieten:

- a) Innere Medizin
- b) Orthopädie
- c) Chirurgie
- d) Frauenheilkunde
- e) Kinderheilkunde
- f) Neurologie und Psychiatrie

5. Physiologische Grundlagen der Krankengymnastik und Massage.
6. Leibeserziehung.
7. Technik der Krankengymnastik und ihre methodische Anwendung auf allen Gebieten der Medizin, in denen Bewegungstherapie erforderlich ist.
8. Technik der Massage und ihre methodische Anwendung am Kranken auf allen Gebieten der Medizin, in denen Massage erforderlich ist.
9. Grundlagen der Technik der Hydrotherapie, der Elektro-, Licht- und Wärmebehandlung. Grundbegriffe der Strahlenheilkunde.
10. Krankengymnastik in Prophylaxe und Rehabilitation.
11. Gymnastik bei Schwangeren, Wöchnerinnen und in der Geriatrie (Säuglingsgymnastik und Haltungsschulung Jugendlicher).
12. Verbandslehre und Erste Hilfe.
13. Berufslehre (gesetzliche Vorschriften, Umgang mit Kranken, Berufskrankheiten, Unfallschutz).

b) Praktische Ausbildung:

Nach dem 1. Semester beginnt der Stationsdienst in den verschiedenen Universitätskliniken sowie die praktische Ausbildung in folgenden Arbeitsgebieten:

Gymnastische therapeutische Maßnahmen der Chirurgie, Orthopädie, Inneren Medizin, Frauenheilkunde, Neurologie und Kinderheilkunde.

Die wöchentliche Ausbildungszeit beträgt 45 Stunden. Die Unterrichtszeiten werden von der Schulleitung festgesetzt.

PRÜFUNG:

Am Ende des 2. Ausbildungsjahres findet die staatliche Prüfung statt.

Nach bestandenem staatlichen Examen ist eine einjährige praktische Tätigkeit, entweder an Gießener Universitätskliniken oder an selbstgewählten, zur Annahme von Praktikanten ermächtigten Krankenhäusern, abzuleisten.

Die Anerkennung als Krankengymnastin erfolgt nach Ableistung der praktischen Tätigkeit.

Wiesbaden, 16. 7. 1965

Der Hessische Kultusminister
Az.: H II 1 — 423/382 (1) — 19
StAnz. 45/1965 S. 1315

1092

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Ausführungsanweisung zur Durchführung des Erlaubnisverfahrens nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) vom 10. 9. 1964 (BGBl. I S. 717) - StAnz. 1965 S. 1078 -

Die im StAnz. 1965 S. 1078 veröffentlichte Anweisung wurde nicht am 24. 8. 1964, sondern am 24. 8. 1965 erlassen.

Wiesbaden, 18. 10. 1965

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
I C 7 — Az.: 53 a 10. 15. 21 Tgb.Nr. 1296/65
StAnz. 45/1965 S. 1316

1093

Wiedererteilung der Bestallung als Tierarzt und Ruhen der Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat Herrn Alfred Kolz, geb. 18. 7. 1913, wohnhaft in Schwabach (Mittelfranken), z. Z. im Staatlichen Luitpoldkrankenhaus Würzburg mit Wirkung vom 22. Juli 1965 eine neue Bestallung erteilt. Gleichzeitig hat die Regierung von Mittelfranken mit Bescheid vom 10. August 1965 Nr. II/2 — 3031 g — 74 — festgestellt, daß die Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes ruht, weil Herrn Kolz infolge Krankheit z. Z. die für die Ausübung des tierärztlichen Berufes erforderliche Eignung fehlt.

Der Bescheid über das Ruhen und Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes ist unanfechtbar geworden.

Wiesbaden, 12. 10. 1965

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III B1b — 19 a 20 — Tgb.Nr. 2383, 2643
StAnz. 45/1965 S. 1316

1094

Bekämpfung der Schnüffelkrankheit der Schweine (Rhinitis atrophicans)

Mein Erlaß vom 2. September 1963 (StAnz. S. 1154) in der Fassung meines Erlasses vom 2. April 1964 (StAnz. S. 553/672) wird wie folgt geändert:

Abs. 2 Nr. 2 erhält nachstehende Fassung:

„2. alle Schweine des Bestandes innerhalb 6 Monaten nach Feststellung der Schnüffelkrankheit geschlachtet worden sind, wobei der beamtete Tierarzt diese Frist für hochtragende Schweine auf 8 Monate verlängern kann.“

Wiesbaden, 15. 10. 1965

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III B Nr. 184 (19 b 28 25)

StAnz. 45/1965 S. 1316

1095

An das
Landesversorgungsamt Hessen
6 Frankfurt

Weitergewährung der Waisenrente im Wege des Härteausgleichs nach § 89 BVG über das 25. Lebensjahr hinaus bzw. nach der Verheiratung

Bezug: Erlaß vom 4. 5. 1963 — (StAnz. S. 815)

Mit dem Erlaß vom 4. 5. 1963 habe ich Ihnen die Befugnis zur Zustimmung für die Gewährung der im Betreff genannten Härteausgleiche übertragen.

Ich übertrage Ihnen nunmehr auch die Befugnis zur Zustimmung für die Ablehnung der Anträge auf Weitergewäh-

rung der Waisenrente im Wege des Härteausgleichs nach § 89 BVG über das 25. Lebensjahr hinaus bzw. nach der Verheiratung.

Ich bitte jedoch, mir auch weiterhin die Fälle, bei denen besondere Schwierigkeiten auftreten, sowie solche von grundsätzlicher Bedeutung zur Entscheidung vorzulegen.

Wiesbaden, 15. 10. 1965

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
I A 5 — 5245/5265 —
In Vertretung:
gez. Schmidt

StAnz. 45/1965 S. 1317

1096

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Verstaatlichung der Gemeinderevierförsterstelle Odersberg im Forstamt Driedorf

Auf Antrag des Forstbetriebsverbands Odersberg wurde durch Erlaß vom 24. 9. 1965, III B 1 — I/2301 — 301.04 gemäß § 33 Hess. ForstGes. die Ausübung des forsttechnischen Betriebes in den Waldungen des Forstbetriebsverbands Odersberg durch staatliche Forstbetriebsbeamte genehmigt.

Wiesbaden, 20. 10. 1965

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — I/2301 — 301.04
StAnz. 45/1965 S. 1317

1097

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Auflösung der Revierförsterei Wolfsbaum, Forstamt Babenhausen

Durch Erlaß vom 24. 9. 1965, III B 1 — I/2324 — 301.04 — wurde die Auflösung der Revierförsterei Wolfsbaum mit Wirkung vom 1. 10. 1965 angeordnet. Die Waldflächen wurden auf die angrenzenden Dienstbezirke aufgeteilt.

Wiesbaden, 20. 10. 1965

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — I/2324 — 301.04
StAnz. 45/1965 S. 1317

1098

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Auflösung des Hess. Forstamts Gieselwerder und der Revierförsterei Gottsbüren-Ost

Durch Erlaß vom 14. 4. 1965 — III f — I/1039 — 301.04 wurde die Auflösung des Hess. Forstamts Gieselwerder und

der Revierförsterei Gottsbüren-Ost mit Wirkung vom 1. 10. 1965 angeordnet. Die Waldflächen wurden auf die angrenzenden Forstämter Hombressen, Karlshafen und Oedelsheim aufgeteilt.

Wiesbaden, 18. 10. 1965

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — I/1039 — 301.04
StAnz. 45/1965 S. 1317

1099

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Umwandlung der Revierförsterei Steinbach, Hess. Forstamt Schiffenberg, in eine Forstwartel

Durch Erlaß vom 24. 9. 1965, III B 1 — I/2091 — 301.04 wurde die Umwandlung der Revierförsterei Steinbach mit Wirkung vom 1. 11. 1965 in eine Forstwartel angeordnet.

Wiesbaden, 20. 10. 1965

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — I/2091 — 301.04
StAnz. 45/1965 S. 1317

1100

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung;

hier: Auflösung der Forstwartel Erzbach, Forstamt Groß-Bieberau

Durch Erlaß vom 8. 10. 1965, III B 1 — I/2388 — 301.04 wurde die Auflösung der Forstwartel Erzbach im Forstamt Groß-Bieberau mit Wirkung vom 1. 10. 1965 angeordnet. Die Waldflächen wurden auf die angrenzenden Dienstbezirke verteilt.

Wiesbaden, 20. 10. 1965

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
III B 1 — I/2388 — 301.04
StAnz. 45/1965 S. 1317

1101

Personalnachrichten

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt ernannt

zum Polizeihauptmeister die Polizeiobermeister (BaL) Heinrich Olf, Landrat — PK — Bergstraße 15. 6. 1965), Albert Brehm, Landrat — PK — Dieburg (15. 6. 1965), Ernst Wedel, Landrat — PK — Darmstadt (30. 6. 1965), Karl Spahn, Landrat — PK — Groß-Gerau (14. 7. 1965), Herbert Brock, Landrat — PK — Gießen (30. 8. 1965), Doris Matzke, Landrat — PK — Büdingen (27. 8. 1965), Hermann Leib, EdS Darmstadt (24. 9. 1965), Jakob Götz, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Friedrich Draeger, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Ludwig Baumiller, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Ernst Burkard, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Richard Breinlinger, Landrat — PK — Alsfeld (30. 9. 1965), Alfred Grabs, Landrat — PK — Alsfeld (30. 9. 1965), Albert Geyer, Landrat — PK — Büdingen (29. 9. 1965), Arthur

Bansemer, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Karl Herd, Landrat — PK — Büdingen (29. 9. 1965), Gerhard Henke, Landrat — PK — Büdingen (29. 9. 1965), Oswald Günther, Landrat — PK — Büdingen (29. 9. 1965), Kurt Färber, Landrat — PK — Darmstadt (28. 9. 1965), Peter de Vries, Landrat — PK — Darmstadt (28. 9. 1965), Heinz Peuten, Landrat — PK — Darmstadt (14. 9. 1965), Hellmut Laugisch, Landrat — PK — Darmstadt (28. 9. 1965), Hans Rosner, Landrat — PK — Dieburg (30. 9. 1965), Georg Reiß, Landrat — PK — Dieburg (25. 9. 1965), Georg Bernges, Landrat — PK — Dieburg (26. 9. 1965), Richard Pelzer, Landrat — PK — Dieburg (30. 9. 1965), Otto Fengel, Landrat — PK — Dieburg (30. 9. 1965), Ludwig Oestreich, Landrat — PK — Erbach (30. 9. 1965), Georg Jöst, Landrat — PK — Erbach (30. 9. 1965), Werner Reißig, Landrat — PK — Erbach (30. 9. 1965), Karl Langendorf, Landrat — PK — Erbach (30. 9. 1965), Wilhelm Hauer, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Heinrich Apel, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Willi-Jakob Seibert, Landrat — PK

— Gießen (30. 9. 1965), Heinrich Möbus, Landrat — PK — Gießen (27. 9. 1965), Erwin Schwarz, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Paul Jahnecke, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Walter Kretzschmar, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Johann Zahrt, Landrat — PK — Bergstraße (30. 9. 1965), Franz Hahn, Landrat — PK — Bergstraße (30. 9. 1965), Otto Rojan, Landrat — PK — Bergstraße (30. 9. 1965), Konrad Feyh, Landrat — PK — Lauterbach (30. 9. 1965), Hermann Schneider, Landrat — PK — Lauterbach (30. 9. 1965), Maximilian Beer, Landrat — PK — Lauterbach (30. 9. 1965), August Jost, Landrat — PK — Lauterbach (30. 9. 1965), Otto Engel, Landrat — PK — Offenbach (29. 9. 1965), Ferdinand Heck, Landrat — PK — Offenbach (28. 9. 1965), Ludwig Riecker, Landrat — PK — Offenbach (29. 9. 1965), Werner Villhard, Landrat — PK — Offenbach (24. 9. 1965), Rudolf Jeuthe, Landrat — PK — Offenbach (29. 9. 1965), Johann Gampel, PVB Darmstadt (25. 9. 1965), Leonhard Johe, PVB Darmstadt (27. 9. 1965), Ludwig Pfeiffer, PVB Darmstadt (29. 9. 1965), Adam Kraft, PVB Darmstadt (29. 9. 1965), Alfred Manowski, PVB Darmstadt (28. 9. 1965), Jakob Reuter, PVB Darmstadt (29. 9. 1965), Wilhelm Roß, PVB Darmstadt (28. 9. 1965), Wilhelm Cezanne, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Wilhelm Kadel, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Georg Sturm, Landrat — PK — Groß-Gerau (29. 9. 1965), Wilhelm Richter, Landrat — PK — Friedberg (29. 9. 1965), Hermann Schminke, Landrat — PK — Bergstraße (30. 9. 1965), Rudolf Ullrich, Landrat — PK — Groß-Gerau (29. 9. 1965), Heinrich Best, Landrat — PK — Groß-Gerau (29. 9. 1965), Heinrich Kniß, PVB Butzbach (27. 9. 1965), Adam Luh, PVB Butzbach (30. 9. 1965), Hermann Bormann, PVB Butzbach (30. 9. 1965);

zum Polizeiobermeister

die Polizeimeister (BaL) Josef Schwarz, Landrat — PK — Offenbach (23. 6. 1965), Otto Hill, Landrat — PK — Alsfeld (17. 6. 1965), Josef Henk, Landrat — PK — Bergstraße (18. 6. 1965), Hans-Joachim Wohlfeil, Flugbereitschaft der Hess. Polizei (21. 6. 1965), Philipp Frank, Landrat — PK — Dieburg (30. 7. 1965), Fritz Scheerer, PVB Darmstadt (13. 8. 1965), Joseph Hilger, Landrat — PK — Bergstraße (19. 8. 1965), Hans Birkhoff, Landrat — PK — Büdingen (31. 8. 1965), Friedrich Gutmann, Landrat — PK — Gießen (9. 9. 1965), Paul Berg, Landrat — PK — Dieburg (8. 9. 1965), Wilhelm Wolf, Landrat — PK — Groß-Gerau (7. 9. 1965), Albert Groß, Landrat — PK — Dieburg (9. 9. 1965), Robert Weber, Landrat — PK — Groß-Gerau (7. 9. 1965), Willi Wendt, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Karl Weihs, PVB Darmstadt (15. 9. 1965), Johannes Wagner, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Karl Hofmann, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Georg Hieronymus, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Erich Ebach, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Gottlieb Baumann, Landrat — PK — Darmstadt (9. 9. 1965), Heinrich Beck, Landrat — PK — Darmstadt (9. 9. 1965), Heinz Jacobs, Landrat — PK — Darmstadt (22. 9. 1965), Maximilian Klanitz, Landrat — PK — Darmstadt (9. 9. 1965), Heinrich Knicß, Landrat — PK — Darmstadt (24. 9. 1965), Wilhelm Oertel, Landrat — PK — Darmstadt (9. 9. 1965), Walter Frisch, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Werner Günzler, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Adam Hallstein, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Adolf Legron, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Wilhelm Liebig, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Josef Müller, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Alois Schweiger, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Georg Stein, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Erich Wazlawik, Landrat — PK — Bergstraße (22. 9. 1965), Rudolf Jakesch, Landrat — PK — Lauterbach (9. 9. 1965), Gustav Hofman, Landrat — PK — Gießen (13. 9. 1965), Karl Hanstein, Landrat — PK — Dieburg (8. 9. 1965), Adam Heinkel, Landrat — PK — Dieburg (10. 9. 1965), Paul Müller, Landrat — PK — Dieburg (9. 9. 1965), Ludwig Vogel, Landrat — PK — Dieburg (9. 9. 1965), Heinrich Walter, Landrat — PK — Dieburg (14. 9. 1965), Karl Plattner, Landrat — PK — Dieburg (8. 9. 1965), Karl Schneller, Landrat — KP — Dieburg (8. 9. 1965), Wilhelm Pfläging, Landrat — PK — Gießen (13. 9. 1965), Ernst Marienfeld, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Franz Röhm, Landrat — PK — Gießen (13. 9. 1965), Kurt Kowalski, Landrat — PK — Gießen (13. 9. 1965), Theodor Schmitt, Landrat — PK — Gießen (13. 9. 1965), Karl Becker, Landrat — PK —

Büdingen (10. 9. 1965), Franz Schaefer, Landrat — PK — Darmstadt (9. 9. 1965), Waldemar Heitzer, Landrat — PK — Groß-Gerau (8. 9. 1965), Wilhelm Heck, Landrat — PK — Groß-Gerau (8. 9. 1965), Gerhard Ohnesorge, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Ernst Sprosse, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Willi Knocke, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Willi Beutler, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Willi Lücke, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Kurt Aust, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Ernst Kockecki, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Adolf Ihrig, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Georg Schäfer, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Heinrich Winter, PVB Butzbach (17. 9. 1965), Wilhelm Winter, PVB Butzbach (17. 9. 1965), Alfred Braatz, PVB Darmstadt (16. 9. 1965), Robert Bachhausen, PVB Darmstadt (17. 9. 1965), Ernst Winter, PVB Darmstadt (15. 9. 1965), Karl Bauer, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Heinrich Schmidt, Landrat — PK — Lauterbach (17. 9. 1965), Wilhelm Pinstock, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Richard Riedel, Landrat — PK — Groß-Gerau (16. 9. 1965), Kurt Weidner, Landrat — PK — Groß-Gerau (17. 9. 1965), Wilhelm Zerb, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Otto Pulina, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Karl Simon, Landrat — PK — Friedberg (18. 9. 1965), Willi Schmidt, Landrat — PK — Friedberg (17. 9. 1965), Wilhelm Kaltwasser, Landrat — PK — Friedberg (17. 9. 1965), Heinrich Bauschmann, Landrat — PK — Friedberg (17. 9. 1965), Karl Metz, Landrat — PK — Erbach (16. 9. 1965), August Flechsenhar, Landrat — PK — Erbach (16. 9. 1965), Richard Döhler, Landrat — PK — Erbach (16. 9. 1965), Wilhelm Hofmann, Landrat — PK — Erbach (16. 9. 1965), Franz Schneider, Landrat — PK — Dieburg (16. 9. 1965), Karl Struppek, Landrat — PK — Dieburg (17. 9. 1965), Günter Retzlaff, Landrat — PK — Büdingen (18. 9. 1965), Otto Hofmann, Landrat — PK — Büdingen (18. 9. 1965), Franz Maul, Landrat — PK — Alsfeld (20. 9. 1965), Gottfried Schweda, Landrat — PK — Offenbach (22. 9. 1965), Karl Krause, Landrat — PK — Offenbach (22. 9. 1965), August Kaffenberger, Landrat — PK — Offenbach (22. 9. 1965), Werner Ommen, Landrat — PK — Offenbach (22. 9. 1965), Friedrich Biebl, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Heinrich Hedrich, Landrat — PK — Lauterbach (18. 9. 1965), Erich Staeck, Landrat — PK — Lauterbach (18. 9. 1965), Johannes Jenckel, Landrat — PK — Groß-Gerau (21. 9. 1965), Wilhelm Schulz, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Wilhelm Saßmannshausen, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Ludwig Schöcker, Landrat — PK — Friedberg (22. 9. 1965), Richard Köllmann, Landrat — PK — Friedberg (18. 9. 1965), Karl Höll, Landrat — PK — Friedberg (19. 9. 1965), August Körner, Landrat — PK — Erbach (17. 9. 1965), Alfred Wüst, Landrat — PK — Büdingen (24. 9. 1965), Hans Modebach, Landrat — PK — Alsfeld (20. 9. 1965), Fritz Kraft, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Karl Dörr, Landrat — PK — Alsfeld (20. 9. 1965), Heinz Raetsch, PVB Butzbach (16. 9. 1965), Werner Deppisch, PVB Darmstadt (17. 9. 1965), Edmund Bödicker, PVB Darmstadt (17. 9. 1965), Rolf Datow, EdS Darmstadt (20. 9. 1965), Herbert Wettlaufer, Landrat — PK — Alsfeld (20. 9. 1965), Hans-Georg Schmidt, Landrat — PK — Alsfeld (20. 9. 1965), Edgar Alsleben, Landrat — PK — Friedberg (21. 9. 1965), Roman Muschiol, PVB Butzbach (18. 9. 1965), Adam Uhrig, Landrat — PK — Dieburg (17. 9. 1965), Ernst Detmar, Landrat — PK — Friedberg (21. 9. 1965), Werner Göhring, PVB Butzbach (18. 9. 1965), Walter Stiller, PVB Butzbach (21. 9. 1965), August Müller, PVB Butzbach (23. 9. 1965), Georg Schreiber, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Helmut Feuster, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Wilhelm Dörr, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Johannes Stehling, Landrat — PK — Alsfeld (30. 9. 1965), Alois Bönsch, Landrat — PK — Alsfeld (30. 9. 1965), Friedrich Knoth, Landrat — PK — Darmstadt (21. 9. 1965), Richard Göbel, Landrat — PK — Darmstadt (21. 9. 1965), Heinrich Plößer, Landrat — PK — Darmstadt (21. 9. 1965), Anton Witzel, Landrat — PK — Darmstadt (24. 9. 1965), Johannes Hoffarth, Landrat — PK — Dieburg (27. 9. 1965), Adam Winkler, Landrat — PK — Erbach (27. 9. 1965), Wilhelm Bauer, Landrat — PK — Bergstraße (28. 9. 1965), Otto Ludwig, Landrat — PK — Friedberg (25. 9. 1965), Emil Krautheim, Landrat — PK — Friedberg (25. 9. 1965), Hugo Hoserek, Landrat — PK — Friedberg (23. 9. 1965), Georg Petrauschke, Landrat — PK — Friedberg (27. 9. 1965), Georg Spyth, Landrat — PK — Friedberg (28. 9. 1965), Maximilian Burk, Landrat — PK — Friedberg (28. 9. 1965), Franz Junker, Landrat — PK — Friedberg (28. 9. 1965), Adolf Baum, Landrat — PK — Friedberg (25. 9. 1965), Matthias Karpfinger, Landrat — PK — Friedberg (25. 9.

1965), Emil Bechmann, Landrat — PK — Friedberg (25. 9. 1965), Heinrich Hengst, Landrat — PK — Friedberg (27. 9. 1965), Josef Harbich, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), August Stumpf, Landrat — PK — Groß-Gerau (29. 9. 1965), Friedrich Voigt, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Ferdinand Bauer, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Alfred Walter, Landrat — PK — Lauterbach (20. 9. 1965), Karl Adrian, Landrat — PK — Offenbach (30. 9. 1965), Hubert Rosanske, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Ernst Wesslau, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Emil Wäckerle, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Egon Püschner, Landrat — PK — Offenbach (24. 9. 1965);

zum Polizeimeister

die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Wolfgang Raake, PVB Butzbach (16. 6. 1965), Erwin Glaser, PVB Darmstadt (25. 6. 1965), Karl Adolf Burk, PVB Butzbach (30. 6. 1965), Karl-Heinz Moser, PVB Darmstadt (30. 6. 1965), Leopold Herzog, Landrat — PK — Gießen (30. 6. 1965), Walter Riedl, Landrat — PK — Erbach (30. 6. 1965), Karl Heinz Kehl, Landrat — PK — Alsfeld (14. 7. 1965), Friedrich Fischer, PVB Butzbach (15. 7. 1965), Walter Joachim Lange, Landrat — PK — Groß-Gerau (14. 7. 1965), Friedrich Wagner, Landrat — PK — Friedberg (2. 8. 1965), Fritz-Heinz Horst, Landrat — PK — Friedberg (28. 7. 1965), Hans Dietrich, Landrat — PK — Friedberg (28. 7. 1965), Albert Weckler, Landrat — PK — Friedberg (28. 7. 1965), Kurt Schneider, Landrat — PK — Alsfeld (28. 7. 1965), Edwin Rotter, Landrat — PK — Alsfeld (28. 7. 1965), Günter Keller, PVB Darmstadt (28. 7. 1965), Herbert Meinusch, Landrat — PK — Offenbach (29. 7. 1965), Leonhard Löw, Landrat — PK — Erbach (7. 9. 1965), Hans Weber, Landrat — PK — Gießen (10. 9. 1965), Karl-Heinz Müller, Landrat — PK — Bergstraße (17. 9. 1965), Friedrich Grom, Landrat — PK — Bergstraße (9. 9. 1965), Werner Dous, Landrat — PK — Büdingen (10. 9. 1965), Heinz Cislak, Landrat — PK — Groß-Gerau (8. 9. 1965), Manfred Achtermeier, PVB Darmstadt (8. 9. 1965), Hans-Dieter Zibulski, PVB Darmstadt (9. 9. 1965), Johannes Sattler, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Kurt Krenz, Landrat — PK — Dieburg (9. 9. 1965), Hans-Joachim Rubin, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Fred Gorka, Landrat — PK — Offenbach (21. 9. 1965), Ernst Dechert, Landrat — PK — Lauterbach (17. 9. 1965), Friedrich Möller, Landrat — PK — Lauterbach (17. 9. 1965), Joseph Weber, Landrat — PK — Lauterbach (17. 9. 1965), Horst-Dieter Mundt, Landrat — PK — Groß-Gerau (16. 9. 1965), Horst Dietz, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Horst Braun, Landrat — PK — Erbach (13. 9. 1965), Walter Mattheß, Landrat — PK — Dieburg (17. 9. 1965), Ernst Rustler, Landrat — PK — Dieburg (17. 9. 1965), Heinrich Merz, Landrat — PK — Büdingen (18. 9. 1965), Ernst Lissmann, Landrat — PK — Büdingen (18. 9. 1965), Johann Gröger, Landrat — PK — Friedberg (17. 9. 1965), Hans Andermann, Landrat — PK — Friedberg (19. 9. 1965), Karl-Heinz Ruppert, Landrat — PK — Friedberg (17. 9. 1965), Rudolf Hartmannshenn, PVB Butzbach (17. 9. 1965), Bernhard Langer, PVB Butzbach (17. 9. 1965), Wolfgang Seifert, PVB Butzbach (17. 9. 1965), Fritz Karl Dannwolf, PVB Butzbach (16. 9. 1965), Rüdiger Schneider, EdS Darmstadt (20. 9. 1965), Edmund Helbing, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Joachim Müller, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Hans Wiederhold, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Georg Klugmann, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Karl August Schwarz, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Ernst Kornmann, PVB Darmstadt (24. 9. 1965), Karl Heinz Schorge, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Adolf Umbach, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Lebrecht Viebahn, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Horst Keil, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Ernst Beutel, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Eduard Berninger, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Karlheinz Emich, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Armin Kleditz, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Wilhelm Köhl, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Albert Trechsler, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Siegfried Abromeit, Landrat — PK — Büdingen (26. 9. 1965), Georg Illert, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Anton Pauly, Landrat — PK — Büdingen (28. 9. 1965), Karl Schiweck, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Ewald Krämer, Landrat — PK — Büdingen (28. 9. 1965), Manfred Bormann, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Ludwig Rodenhäuser, Landrat — PK — Darmstadt

(28. 9. 1965), Anton Korb, Landrat — PK — Darmstadt (28. 9. 1965), Otto Schmelzer, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Josef Ruh, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Karl Heinz Roßmann, Landrat — PK — Darmstadt (25. 9. 1965), Willi Pfeifer, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Johann Hiemenz, Landrat — PK — Dieburg (24. 9. 1965), Heinrich Kunkel, Landrat — PK — Dieburg (24. 9. 1965), Wolfgang Joswig, Landrat — PK — Dieburg (24. 9. 1965), Klaus Spalt, Landrat — PK — Dieburg (24. 9. 1965), Gerhard Nowotka, Landrat — PK — Dieburg (27. 9. 1965), Heinrich Rode, Landrat — PK — Erbach (27. 9. 1965), Manfred Hammes, Landrat — PK — Erbach (27. 9. 1965), Georg Schäfer, Landrat — PK — Erbach (29. 9. 1965), Alfons Weickart, Landrat — PK — Erbach (29. 9. 1965), Erwin Schäfer, Landrat — PK — Erbach (27. 9. 1965), Leonhard Friedrich, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Rudolf Zdarski, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Jakob Siegler, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Otto Michel, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Karl Lammer, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Johann Held, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Peter Engelhardt, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Adam Neff, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Bruno Seeberg, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Dieter Wodni, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Rudolf Ludwig, Landrat — PK — Friedberg (29. 9. 1965), Gerhard Herzog, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Hermann Reichel, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Gerd Rühl, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Helmut Schäfer, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Karl Heinz Wagner, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Karl Heinz Schröder, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Dieter Wollenhaupt, PK Gießen (30. 9. 1965), Horst Dapper, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Reinhold Nüchter, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Werner Schaaß, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Ernst Schuster, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Herbert Jacobi, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Karl Greb, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Heinrich Schmidt, Landrat — PK — Lauterbach (25. 9. 1965), Josef Heilmann, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Georg Leopold Bleuel, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Karl Laibach, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Gottfried Doleschal, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Otto Kaiser, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Johann Hübner, PVB Darmstadt (25. 9. 1965), Rolf Müller, PVB Darmstadt (28. 9. 1965), Karl Rauber, PVB Butzbach (24. 9. 1965), Günter Göpel, PVB Butzbach (24. 9. 1965), Hansgünter Kämpffe, PVB Butzbach (25. 9. 1965), Gerhard Most, PVB Butzbach (24. 9. 1965), Wolfhard Philipp, PVB Butzbach (25. 9. 1965);

die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Klaus Dieter Isele, Landrat — PK — Gießen (23. 9. 1965), Peter Walleneit, EdS Darmstadt (20. 9. 1965), Werner Dörr, EdS Darmstadt (20. 9. 1965), Leopold Seidler, EdS Darmstadt (20. 9. 1965), Peter Richtberg, PVB Darmstadt (25. 9. 1965), Herbert Ludwig, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Manfred Klein, Landrat — PK — Groß-Gerau (24. 9. 1965), Norbert Mombert, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Karl Heinz Lotz, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Herbert Schmidt, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Wolfram Dzierzon, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), Bodo Joswig, Landrat — PK — Groß-Gerau (25. 9. 1965), August Hohmeyer, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Manfred Hübsch, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Heinrich Stockhardt, Landrat — PK — Alsfeld (27. 9. 1965), Klaus-Jürgen Beutler, Landrat — PK — Büdingen (28. 9. 1965), Adolf Heinisch, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Wolfgang Züge, Landrat — PK — Büdingen (27. 9. 1965), Edgar Kaiser, Landrat — PK — Darmstadt (28. 9. 1965), Erich Neinert, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Günter Warmons, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Rudolf Ludwig, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Josef Massag, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Rudolf Lortz, Landrat — PK — Darmstadt (27. 9. 1965), Waldemar Gebhardt, Landrat — PK — Dieburg (26. 9. 1965), Klaus Jürgen Lück, Landrat — PK — Erbach (27. 9. 1965), Johannes Hahn, Landrat — PK — Groß-Gerau (27. 9. 1965), Horst Gebauer, Landrat — PK — Bergstraße (25. 9. 1965), Norbert Hofmann, Landrat — PK — Friedberg (30. 9. 1965), Klaus Rink, Landrat

— PK — Friedberg (30. 9. 1965), Klaus Eberhard Liewig, Landrat — PK — Friedberg (27. 9. 1965), Herwig Langer, Landrat — PK — Friedberg (28. 9. 1965), Karl Hein Eder, Landrat — PK — Friedberg (28. 9. 1965), Karlheinz Schepp, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Wolfgang Nees, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Edmund Bauer, Landrat — PK — Gießen (30. 9. 1965), Eduard H. mpl, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Hans Heipel, Landrat — PK — Alsfeld (30. 9. 1965), Rudolf Dippel, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Herbert Damaschk, Landrat — PK — Lauterbach (28. 9. 1965), Gerhard Wilfried Steinbach, Landrat — PK — Offenbach (24. 9. 1965), Karl Gerhard Ashauer, Landrat — PK — Offenbach (27. 9. 1965), Harald Ganz, PVB Darmstadt (27. 9. 1965), Arno Wedel, PVB Butzbach (25. 9. 1965), Werner Müller, Flugbereitschaft der Hess. Polizei (24. 9. 1965);

die Polizeihauptwachmeister i.K. (BaL) Emil Richtberg, StKK Gießen (30. 9. 1965), Günter Dunkel, StKK Gießen (30. 9. 1965), Harald Müller, StKK Gießen (30. 9. 1965), Kurt Stefan Staudt, StKK Heppenheim (30. 9. 1965), Gustav Dönges, KA Bad Nauheim (28. 9. 1965), Kurt Fröhlich, KI Darmstadt (28. 9. 1965), Günther Ludwig, KI Darmstadt (28. 9. 1965);

die Polizeihauptwachmeister i.K. (BaP) Karl Heinz Braun, StKK Gießen (30. 9. 1965), Klaus Wehrle, StKK Heppenheim (28. 9. 1965), Karl-Heinz Bamberger, KA Sprendlingen (28. 9. 1965), Bodo Doering, KI Darmstadt (28. 9. 1965);

zur Kriminalobermeisterin

die Kriminalmeisterin (BaL) Ingeborg Walter, KI Darmstadt (10. 9. 1965);

zum Kriminalmeister

die Polizeihauptwachmeister (BaL) Wilhelm Jakob Heist, KI Darmstadt (20. 7. 1965), Manfred Hackauf, KI Darmstadt (17. 9. 1965);

zum Polizeihauptwachmeister

die Polizeioberwachmeister (BaP) Günter Hübscher, Landrat — PK — Büdingen (4. 8. 1965), Rudolf Müller, Landrat — PK — Büdingen (4. 8. 1965), Norbert Lauer, Landrat — PK — Darmstadt (3. 8. 1965), Winfried Schmidt, Landrat — PK — Dieburg (6. 8. 1965), Rudolf Rimpl, Landrat — PK — Dieburg (6. 8. 1965), Wolfgang Remann, Landrat — PK — Erbach (3. 8. 1965), Friedhelm Becker, Landrat — PK — Friedberg (11. 8. 1965), Jürgen Wendel, Landrat — PK — Groß-Gerau (3. 8. 1965), Wolfgang Ochs, Landrat — PK — Bergstraße (3. 8. 1965), Franz Vogel, Landrat — PK — Bergstraße (3. 8. 1965), Otto Kliebhan, Landrat — PK — Bergstraße (3. 8. 1965), Horst Schefter, Landrat — PK — Offenbach (6. 8. 1965), Hans-Willy Schütz, Landrat — PK — Offenbach (6. 8. 1965);

die Polizeiwachmeister (BaP) Ernst Zach, EdS Darmstadt (4. 8. 1965), Hans-Jörg Sudheimer, PVB Darmstadt (5. 8. 1965), Rudolf Hansel, PVB Butzbach (3. 8. 1965), Herbert Schulz, Landrat — PK — Alsfeld (5. 8. 1965), Dieter Spengler, Landrat — PK — Dieburg (6. 8. 1965), Hans Ritschel, Landrat — PK — Erbach (3. 8. 1965), Berthold Borgerding, Landrat — PK — Friedberg (4. 8. 1965), Heinrich Dörr, Landrat — PK — Friedberg (6. 8. 1965), Hans-Georg Pfeifer, Landrat — PK — Friedberg (11. 8. 1965), Kurt Schröder, Landrat — PK — Friedberg (5. 8. 1965), Wolf-Henning Rinsland, Landrat — PK — Gießen (3. 8. 1965), Karl-Heinz Schoeneck, Landrat — PK — Gießen (3. 8. 1965), Jörg Holl, Landrat — PK — Groß-Gerau (3. 8. 1965), Hans Naumann, Landrat — PK — Groß-Gerau (3. 8. 1965), Axel Weimer, Landrat — PK — Bergstraße (3. 8. 1965), Gerhard Wanka, Landrat — PK — Offenbach (9. 8. 1965);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeihauptwachmeister Gerhard Breede, Landrat — PK — Alsfeld (7. 6. 1965), Günter Dunkel, StKK Gießen (24. 6. 1965), Ewald Krämer, Landrat — PK — Büdingen (8. 6. 1965), Hermann Reichel, Landrat — PK — Gießen (14. 6. 1965), Gerd Rühl, Landrat — PK — Gießen (16. 6. 1965), Manfred Bormann, Landrat — PK — Büdingen (23. 6. 1965), Hellmut Feyh, Landrat — PK — Groß-Gerau (30. 6. 1965), Georg Klugmann, PVB Darmstadt (1. 7. 1965), Kurt Stefan Staudt, StKK Heppenheim (12. 7. 1965), Rolf Müller,

PVB Darmstadt (6. 7. 1965), der Kriminalmeister Manfred Pfeiffer, KI Darmstadt (9. 7. 1965);

in den Ruhestand versetzt

Polizeihauptwachmeister Heinrich Sattler, Landrat — PK — Offenbach (1. 7. 1965);
 Polizeihauptmeister Georg Dösch, Landrat — PK — Gießen (1. 7. 1965);
 die Polizeimeister Detlef Schlinsog, PVB Darmstadt (1. 8. 1965), Josef Herold, Landrat — PK — Erbach (1. 9. 1965);
 Polizeihauptmeister Georg Jenke, Landrat — PK — Friedberg (1. 10. 1965);
 Polizeiobermeister Alois Bönsch, Landrat — PK — Alsfeld (1. 10. 1965);
 Polizeimeister Bruno Seeberg, Landrat — PK — Friedberg (1. 10. 1965);
 die Polizeiobermeister Josef Schwarz, Landrat — PK — Offenbach (1. 10. 1965), August Stumpf, Landrat — PK — Groß-Gerau (1. 10. 1965), Josef Baumrucker, Landrat — PK — Friedberg (1. 10. 1965), Alfred Fabisch, Landrat — PK — Dieburg (1. 10. 1965);
 Polizeihauptmeister Kurt Bangert, Landrat — PK — Lauterbach (1. 10. 1965).

Darmstadt, 15. 10. 1965

Der Regierungspräsident

I/3 S (II) — 7 1 02

StAnz. 45/1965 S. 1317

c. Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsoberamtmann Regierungsamtmann Hans-Joachim Sach, LA Hünfeld (17. 9. 1965);

zu Regierungsamtmännern Regierungsoberinspektor Franz Lakotta, LA Fritzlar (22. 9. 1965), Regierungsoberinspektor Albert Wagner, LA Hofgeismar (14. 9. 1965);

zu Regierungsoberinspektoren Regierungsinspektor Walter Fricke, LA Wolfhagen, (10. 9. 1965), Karl Damm, LA Kassel (16. 9. 1965), Carl Günther, LA Kassel (17. 9. 1965), Wilhelm Stracke, LA Fritzlar-Homberg in Fritzlar (27. 9. 1965);

zum Regierungsoberamtmann Regierungsamtmann Hermann Stirn, LA Ziegenhain (27. 9. 1965);

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Werner Emde, LA Fulda (27. 9. 1965);

zu Regierungsoberinspektoren die Regierungsinspektoren Hans Marowsky, LA Waldeck in Korbach (27. 9. 1965), Friedrich Born, LA Frankenberg/Eder (27. 9. 1965), Wilhelm Tödter, LA Hünfeld (25. 9. 1965), Ernst Merle, LA Frankenberg/Eder (27. 9. 1965), Erwin Jarmer, LA Fulda (27. 9. 1965), Robert Stutzmann, LA Frankenberg/Eder (27. 9. 1965), Hermann Heußner, LA Rotenburg (28. 9. 1965);
 zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Ernst Trabert, LA Fulda (22. 9. 1965);

bei der staatlichen Polizei

ernannt

zu Polizeihauptmeistern die Polizeiobermeister (BaL) Adolf Braun, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Wilhelm Burhenne, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Karl Maiwald, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Heinz Poness, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Albert Schmitt, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Karl Staufenberg, Landrat — PK — Eschwege (30. 9. 1965), Adolf Pitz, Landrat — PK — Frankenberg (29. 9. 1965), Albert Ries, Landrat — PK — Frankenberg (30. 9. 1965), Adam Zarges, Landrat — PK — Frankenberg (29. 9. 1965), Kurt Albert, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (29. 9. 1965), Josef Gurk, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Wilhelm Kretschmer, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Willi Richter, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Johannes Röse, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Emil Roth, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (29. 9. 1965), Bruno Blaffert, Landrat — PK — Fulda (30. 9. 1965), Kurt Hänsch, Landrat — PK — Fulda (30. 9. 1965), Walter Klein, Landrat — PK — Fulda (29. 9. 1965), Wilhelm Laucht, Landrat — PK — Fulda (30. 9. 1965), Leopold Waider, Landrat — PK — Fulda (29. 9. 1965), Johann Zielhofer, Landrat — PK — Fulda (30. 9. 1965), Hans Budeker, Landrat — PK — Hersfeld (28. 9. 1965), Helmut Dankelmann, Landrat — PK — Hersfeld (30. 9. 1965), Alois Ochs, Landrat — PK — Hers-

feld (30. 9. 1965), Bernhard Schmidt, Landrat — PK — Hersfeld (30. 9. 1965), Johann Trombach, Landrat — PK — Hersfeld (30. 9. 1965), Heinrich Baumbach, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Ewald Becker, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Wilhelm Brede, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Friedrich Ervig, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Martin Horn, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Herbert Adomeit, Landrat — PK — Hünfeld (30. 9. 1965), Otto Ebeit, Landrat — PK — Hünfeld (29. 9. 1965), Philipp Folger, Landrat — PK — Hünfeld (30. 9. 1965), Hans Morgenroth, Landrat — PK — Hünfeld (29. 9. 1965), Ulrich Linnert, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Heinrich Müller, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Hermann Jordan, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Karl Jungmann, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Richard Null, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Erich Schwarz, Landrat — PK — Kassel (29. 9. 1965), Peter Eodenbender, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Guido Burlon, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Ferdinand Hanatschek, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Friedrich Mohr, Landrat — PK — Marburg (29. 9. 1965), Ludwig Nau, Landrat — PK — Marburg (29. 9. 1965), Rudolf Wagner, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Michael Wurm, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Otto Hübner, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Franz Ruske, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Johann Schade, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Johannes Stern, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Ernst Wilhelm, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Erich Goldschmidt, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Adam Möller, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Alwin Quatz, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Georg Schäfer, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Ernst Scholz, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Friedrich Schweitzer, Landrat — PK — Rotenburg (30. 9. 1965), Erwin Jacobs, Landrat — PK — Waldeck (30. 9. 1965), Friedrich Klein, Landrat — PK — Waldeck (30. 9. 1965), Karl Lamm, Landrat — PK — Waldeck (30. 9. 1965), Rudolf Petri, Landrat — PK — Waldeck (30. 9. 1965), Willy Wischnewski, Landrat — PK — Waldeck (30. 9. 1965), Georg Brill, Landrat — PK — Witzenhausen (29. 9. 1965), Karl Lieberum, Landrat — PK — Witzenhausen (29. 9. 1965), Heinz Wyrowski, Landrat — PK — Witzenhausen (29. 9. 1965), Heinrich Bonn, Landrat — PK — Wolfhagen (29. 9. 1965), Johannes Löber, Landrat — PK — Wolfhagen (28. 9. 1965), Heinrich Pflüger, Landrat — PK — Wolfhagen (30. 9. 1965), Karl Raabe, Landrat — PK — Wolfhagen (30. 9. 1965), Otto Schuboth, Landrat — PK — Wolfhagen (30. 9. 1965), Herbert Hufnagel, Landrat — PK — Ziegenhain (29. 9. 1965), Hubert Janko, Landrat — PK — Ziegenhain (29. 9. 1965), Heinrich Sonnenschein, Landrat — PK — Ziegenhain — (29. 9. 1965), Ernst Bogs, PVB Kassel (28. 9. 1965), Hans Gülich, PVB Kassel (29. 9. 1965), Andreas Leins, PVB Kassel (28. 9. 1965), Emil Liebscher, PVB Kassel (28. 9. 1965), Adam Mohr, PVB Kassel (29. 9. 1965), Richard Nolte, PVB Kassel (29. 9. 1965), Fritz Czychi, PVB Bad Hersfeld (28. 9. 1965), Franz Häfner, PVB Bad Hersfeld (28. 9. 1965), Wilhelm Jochem, PVB Bad Hersfeld (30. 9. 1965), Karl-Heinz Stuckenschmidt, PVB Bad Hersfeld (28. 9. 1965), Kurt Wagner, PVB Bad Hersfeld (28. 9. 1965), Heinrich Weyh, PVB Bad Hersfeld (28. 9. 1965);

zu Polizeiobermeistern die Polizeimeister (BaL) Ernst Bachmann, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Karl Haase, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Walter Meyer, Landrat — PK — Eschwege (22. 9. 1965), Konrad Opfermann, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Ewald Ortmeier, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Adolf Porsch, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Jacob Samstag, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Alfons Schneider, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Helmut Schulze, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Albert Urhahn, Landrat — PK — Eschwege (21. 9. 1965), Karl Walther, Landrat — PK — Eschwege (Polizeistation Wanfried) (22. 9. 1965), Paul Borrmann, Landrat — PK — Frankenberg (30. 9. 1965), Karl Dallwig, Landrat — PK — Frankenberg (24. 9. 1965), Eduard Henne, Landrat — PK — Frankenberg (21. 9. 1965), Heinrich Kahl, Landrat — PK — Frankenberg (21. 9. 1965), Adam Niedenthal, Landrat — PK — Frankenberg (30. 9. 1965), Ludwig Rupp, Landrat — PK — Frankenberg (21. 9. 1965), Adolf Steinlandt, Landrat — PK — Frankenberg (21. 9. 1965), Hubert Stollbrock, Landrat — PK — Frankenberg (24. 9. 1965), Paul Bork, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Kurt Giebe, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965),

Ferdinand Hausner, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (30. 9. 1965), Johann Klobes, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (21. 9. 1965), Wilhelm Rinnensland, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Willy Rüscher, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Heinz Wöhrmann, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (21. 9. 1965), Konrad Brandau, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Bruno Dittrich, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Helmut Frenzel, Landrat — PK — Fulda (23. 9. 1965), Heinrich Feußner, Landrat — PK — Fulda (29. 9. 1965), Ludwig Gram, Landrat — PK — Fulda (24. 9. 1965), Hugo Hohmann, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Otto Kutschker, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Paul Matzpohl, Landrat — PK — Fulda (24. 9. 1965), Artur Ostgen, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Heinz Oswald, Landrat — PK — Fulda (21. 9. 1965), Friedrich Schwarz, Landrat — PK — Fulda (24. 9. 1965), Ignatz Becker, Landrat — PK — Hersfeld (20. 9. 1965), Heinz Adolph, Landrat — PK — Hersfeld (17. 9. 1965), Wilhelm Meylich, Landrat — PK — Hersfeld (30. 9. 1965), Karl Nöding, Landrat — PK — Hersfeld (20. 9. 1965), Johannes Pfromm, Landrat — PK — Hersfeld (20. 9. 1965), Walter Schwarz, Landrat — PK — Hersfeld (20. 9. 1965), Jakob Thiel, Landrat — PK — Hersfeld (20. 9. 1965), Karl-Ernst Scharf, Landrat — PK — Hersfeld (21. 9. 1965), Albert Becker, Landrat — PK — Hofgeismar (21. 9. 1965), Herbert Best, Landrat — PK — Hofgeismar (21. 9. 1965), Fritz Kobold, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Karl Röder, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Heinrich Schaumburg, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Heinrich Hartmann, Landrat — PK — Hünfeld (20. 9. 1965), Wilhelm Kaufmann, Landrat — PK — Hünfeld (20. 9. 1965), Karl-Heinz Schindler, Landrat — PK — Hünfeld (21. 9. 1965), Rudolf Schwarz, Landrat — PK — Hünfeld (24. 9. 1965), Albert Topp, Landrat — PK — Hünfeld (21. 9. 1965), Karl Wehner, Landrat — PK — Hünfeld (24. 9. 1965), Willi Grau, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Alfred Heimann, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Karl Henning, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Günther Janetzke, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Karl Limmeroth, Landrat — PK — Kassel (24. 9. 1965), Paul Weber, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Helmut Witt, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Hartmann Boudemont, Landrat — PK — Marburg (18. 9. 1965), Kurt Fricke, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Peter Häfner, Landrat — PK — Marburg (17. 9. 1965), Heinrich Heinisch, Landrat — PK — Marburg (17. 9. 1965), Ludwig Kuhl, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Kurt Otto, Landrat — PK — Marburg (30. 9. 1965), Fritz Petrat, Landrat — PK — Marburg (17. 9. 1965), Andreas Pilgrim, Landrat — PK — Marburg (21. 9. 1965), Friedrich Reitz, Landrat — PK — Marburg (17. 9. 1965), Max Schramm, Landrat — PK — Marburg (19. 9. 1965), Wilhelm Ulrich, Landrat — PK — Marburg (21. 9. 1965), Karl Weigel, Landrat — PK — Marburg (21. 9. 1965), Karl Eggert, Landrat — PK — Melsungen (19. 9. 1965), Reinhold Fischer, Landrat — PK — Melsungen (24. 9. 1965), Martin Hillemann, Landrat — PK — Melsungen (21. 9. 1965), Willy Jäckel, Landrat — PK — Melsungen (24. 9. 1965), Heinrich Neuhoff, Landrat — PK — Melsungen (21. 9. 1965), Valentin Schönewald, Landrat — PK — Melsungen (21. 9. 1965), Helmut Wolf, Landrat — PK — Melsungen (21. 9. 1965), Konrad Just, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Karl Aschenbrenner, Landrat — PK — Rotenburg (Polizeistation Bebra) (24. 9. 1965), Josef Gratz, Landrat — PK — Rotenburg (17. 9. 1965), Otto Hänel, Landrat — PK — Rotenburg (17. 9. 1965), Bruno Thümer, Landrat — PK — Rotenburg (Polizeistation Bebra) (24. 9. 1965), Friedrich Barnowsky, Landrat — PK — Waldeck (17. 9. 1965), Martin Braun, Landrat — PK — Waldeck (22. 9. 1965), Friedrich Dreher, Landrat — PK — Waldeck (17. 9. 1965), Konrad George, Landrat — PK — Waldeck (22. 9. 1965), Willi Hergt, Landrat — PK — Waldeck (17. 9. 1965), Otto Herzog, Landrat — PK — Waldeck (Polizeistation Korbach) (28. 9. 1965), Erich Kesselgruber, Landrat — PK — Waldeck (Polizeistation Bad Wildungen) (22. 9. 1965), Karl Koch, Landrat — PK — Waldeck (Polizeistation Korbach) (30. 9. 1965), Fritz Köhler, Landrat — PK — Waldeck (17. 9. 1965), Walter Reichenberger, Landrat — PK — Waldeck (22. 9. 1965), Johannes Martin, Landrat — PK — Waldeck (22. 9. 1965), Franz Rippl, Landrat — PK — Waldeck (Polizeistation Arolsen) (29. 9. 1965), Helmut Slobodjan, Landrat — PK — Waldeck (22. 9. 1965), Kurt Steuer, Landrat — PK — Waldeck (24. 9. 1965), Friedrich Stietz, Landrat —

PK — Waldeck (22. 9. 1965), Edgar Bleyer, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Friedhelm Decker, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Hans Hirschfel, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Heinz Radtke, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Alfred Riedel, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Johannes Schulz, Landrat — PK — Witzenhausen (17. 9. 1965), Jacob Kaucher, Landrat — PK — Wolfhagen (17. 9. 1965), Wilhelm Rath, Landrat — PK — Wolfhagen (17. 9. 1965), Johannes Bax, Landrat — PK — Ziegenhain (16. 9. 1965), Wilhelm Bubenheim, Landrat — PK — Ziegenhain (23. 9. 1965), Friedrich Dorfschäfer, Landrat — PK — Ziegenhain (Polizeistation Treysa) (23. 9. 1965), Abel Fröhlich, Landrat — PK — Ziegenhain (Polizeistation Treysa) (23. 9. 1965), Hans Gischler, Landrat — PK — Ziegenhain (17. 9. 1965), Heinrich Herbst, Landrat — PK — Ziegenhain (23. 9. 1965), Georg Holzhauer, Landrat — PK — Ziegenhain (23. 9. 1965), Alfred Siegordner, Landrat — PK — Ziegenhain (Polizeistation Treysa) (23. 9. 1965), Justus Bally, PVB Kassel (23. 9. 1965), Wilhelm Benkert, PVB Kassel (30. 9. 1965), Wilhelm Hofmann, PVB Kassel (23. 9. 1965), Heinrich Kredel, PVB Kassel (23. 9. 1965), Eugen Miersch, PVB Kassel (20. 9. 1965), Karl Ortmann, PVB Kassel (21. 9. 1965), Max Pakendorf, PVB Kassel (23. 9. 1965), Heinrich Pfannkuche, PVB Kassel (23. 9. 1965), Karl Rosenberg, PVB Kassel (23. 9. 1965), Georg Rüppel, PVB Kassel (21. 9. 1965), Georg Schumacher, PVB Kassel (20. 9. 1965), Erich Schurich, PVB Kassel (23. 9. 1965), Gottfried Steffek, PVB Kassel (23. 9. 1965), Walter Winkler, PVB Kassel (23. 9. 1965), Johannes Ziegler, PVB Kassel (19. 9. 1965), Ferdinand Albrecht, PVB Bad Hersfeld (24. 9. 1965), Konrad Faupel, PVB Bad Hersfeld (17. 9. 1965), Franz Fischer, PVB Bad Hersfeld (17. 9. 1965), Wilhelm Großenbach, PVB Bad Hersfeld (17. 9. 1965), Heinrich Jäger, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Georg Junker, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Siegfried Kamm, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Rudolf Klein, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Josef Kreuzer, PVB Bad Hersfeld (17. 9. 1965), Arthur Krey, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Josef Matzke, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Wilhelm Ortmann, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Karl Schütz, PVB Bad Hersfeld (17. 9. 1965), Osmund Stollberg, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Paul Wendelmuth, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Walter Wolf, PVB Bad Hersfeld (15. 9. 1965);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Herbert Becker, Landrat — PK — Eschwege (23. 9. 1965), Theodor Dietrich, Landrat — PK — Eschwege (23. 9. 1965), Johannes Fiege, Landrat — PK — Eschwege (23. 9. 1965), Manfred Speer, Landrat — PK — Eschwege (23. 9. 1965), Herbert Weber, Landrat — PK — Eschwege (23. 9. 1965), Armin Bürgel, Landrat — PK — Frankenberg (29. 9. 1965), Werner Heder, Landrat — PK — Frankenberg (29. 9. 1965), Adam Alter, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Wolrad Arend, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Wilfried Feige, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (22. 9. 1965), Wilhelm Gerhold, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (29. 9. 1965), Horst Keller, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Manfred Müller, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (22. 9. 1965), Heinrich Otto, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (22. 9. 1965), Kurt Schäfer, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (23. 9. 1965), Horst Thomas, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Kurt Wolff, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (22. 9. 1965), Adolf Eurich, Landrat — PK — Fulda (29. 9. 1965), Theodor Heindl, Landrat — PK — Fulda (29. 9. 1965), Hermann Oswald, Landrat — PK — Fulda (23. 9. 1965), Reinhard Borchert, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Günther Eichenberg, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Karl Fink, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Wilfried Patschke, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Arno Pleger, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Josef Sack, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Rolf Scharfe, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Erich Schwarz, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Kurt Tautermann, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Wolfgang Witzleben, Landrat — PK — Hofgeismar (29. 9. 1965), Gerhard Krause, Landrat — PK — Hünfeld (30. 9. 1965), Anselm Piechutta, Landrat — PK — Hünfeld (18. 9. 1965), Karl-Heinz Gehricke, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Friedrich Müller, Landrat — PK — Kassel (23. 9. 1965), Egon Dornseiff, Landrat — PK — Marburg (24. 9. 1965), Walter Kempf, Landrat — PK — Marburg (24. 9. 1965), Heinrich Bischoff, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Hans Dolle,

Landrat — PK — Melsungen (19. 9. 1965), Werner Gießler, Landrat — PK — Melsungen (30. 9. 1965), Helmut Pradel, Landrat — PK — Melsungen (23. 9. 1965), Josef Fischer, Landrat — PK — Rotenburg (21. 9. 1965), Alfred Wittich, Landrat — PK — Rotenburg (Polizeistation Bebra) (21. 9. 1965), Paul Hobert, Landrat — PK — Rotenburg (21. 9. 1965), Walter Becker, Landrat — PK — Waldeck (Polizeistation Korbach) (17. 9. 1965), Günther Hechschel, Landrat — PK — Waldeck (29. 9. 1965), Siegfried Hochstaedt, Landrat — PK — Waldeck (29. 9. 1965), Günther Zwiauer, Landrat — PK — Waldeck (29. 9. 1965), Karl-Heinz Göffling, Landrat — PK — Witzenhausen (21. 9. 1965), Wilfried Attendorn, Landrat — PK — Witzenhausen (24. 9. 1965), Franz Herold, Landrat — PK — Witzenhausen (21. 9. 1965), Karl Luckhardt, Landrat — PK — Witzenhausen (21. 9. 1965), Siegfried Rinke, Landrat — PK — Witzenhausen (29. 9. 1965), Wilhelm Weinreich, Landrat — PK — Witzenhausen (21. 9. 1965), Manfred Look, Landrat — PK — Wolfhagen (23. 9. 1965), Albert Mohr, Landrat — PK — Wolfhagen (23. 9. 1965), Horst Raguse, Landrat — PK — Wolfhagen (23. 9. 1965), Rudolf Rode, Landrat — PK — Wolfhagen (26. 9. 1965), Herbert Holleyn, Landrat — PK — Ziegenhain (29. 9. 1965), Heinrich Löber, Landrat — PK — Ziegenhain (Polizeistation Treysa) (29. 9. 1965), Friedrich Wieprecht, Landrat — PK — Ziegenhain (29. 9. 1965), Dieter Wurzler, Landrat — PK — Ziegenhain (21. 9. 1965), Walter Beck, PVB Kassel (21. 9. 1965), Heinz-Dieter Schenk, PVB Kassel (21. 9. 1965), Hermann Walley, PVB Kassel (21. 9. 1965), Ernst Esser, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Gerhard Grote, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Uwe Herberg, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Richard Jurczyk, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Richard Köberich, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Konrad Korn, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Ewald Quasnitze, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Heinrich Schmidt, PVB Bad Hersfeld (21. 9. 1965), Helmut Schneider, PVB Bad Hersfeld (27. 9. 1965), Karl-Wilhelm Seelig, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965), Kurt Strack, PVB Bad Hersfeld (20. 9. 1965);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Rudi George, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (28. 9. 1965), Horst Henkel, Landrat — PK — Hersfeld (23. 9. 1965);

zu Polizeihauptwachtmeistern die Polizeioberwachtmeister (BaP) Jürgen Rothfuchs, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (15. 8. 1965), Roald Larson, Landrat — PK — Fulda (11. 8. 1965), Werner Jäger, Landrat — PK — Marburg (14. 8. 1965), Claus-Dieter Lenz, Landrat — PK — Melsungen (13. 8. 1965), Walter Mosebach, Landrat — PK — Waldeck (12. 8. 1965);

die Polizeiwachtmeister (BaP) Hardy Pippert, Landrat — PK — Fulda (11. 8. 1965), Horst Schmidt, Landrat — PK — Marburg (Polizeistation Kirchhain) (13. 8. 1965), Reiner Ebert, Landrat — PK — Rotenburg (16. 8. 1965), Georg Halpape, Landrat — PK — Waldeck (13. 8. 1965);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Wolrad Arend, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (4. 8. 1965), Werner Burgheim, Landrat — PK — Hersfeld (24. 9. 1965), Reinhardt Borchert, Landrat — PK — Hofgeismar (31. 8. 1965), Klaus-Wolfram Krockner, Landrat — PK — Hünfeld (30. 8. 1965), Gerhard Bauer, Landrat — PK — Ziegenhain (8. 9. 1965);

in den Ruhestand versetzt

der Polizeihauptwachtmeister (BaL) Heinrich Hansmann, Landrat — PK — Marburg (1. 9. 1965);

die Polizeihauptmeister (BaL) Hellmuth Dankelmann, Landrat — PK — Hersfeld (1. 10. 1965), Franz Borchert, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (1. 10. 1965), Martin Horn, Landrat — PK — Hofgeismar (1. 10. 1965), Peter Bodenbender, Landrat — PK — Marburg (1. 10. 1965), Gustav Sauthoff, Landrat — PK — Marburg (1. 10. 1965), Johann Norwig, Landrat — PK — Rotenburg (1. 10. 1965), Georg Schäfer, Landrat — PK — Rotenburg (1. 10. 1965), Heinrich Knauff, Landrat — PK — Waldeck (1. 10. 1965), Heinrich Fenner, Landrat — PK — Ziegenhain (1. 10. 1965), Heinrich Pflüger, PVB Kassel (1. 10. 1965);

die Polizeiobermeister (BaL) Paul Borrmann, Landrat — PK — Frankenberg (1. 10. 1965), Karl Witzel, Landrat — PK — Fulda (1. 10. 1965), Wilhelm Meylich, Landrat — PK — Hersfeld (1. 10. 1965), Kurt Fricke, Landrat — PK — Marburg (1. 10. 1965), Ludwig Kuhl, Landrat — PK — Marburg (1. 10. 1965), Johannes Krebs, Landrat — PK — Melsungen (1. 10. 1965), Conrad Riese, PVB Bad Hersfeld (1. 10. 1965);

der Polizeimeister (BaL) Heinrich Keßler, PVB Kassel (1. 10. 1965);

versetzt durch Verfügung des Magistrats der Stadt Frankfurt/M. vom 12. 7. 1965 mit Einverständnis gemäß § 30 HBG von der Polizeiverwaltung Frankfurt zur PVB Kassel der Polizeihauptwachmeister (BaP) Erich Böttcher, PVB Kassel (1. 8. 1965);

durch Verfügung des Polizeidirektors Leverkusen vom 12. 7. 1965 mit Einverständnis gemäß § 30 HBG von der Kreispolizeibehörde Leverkusen zum Landrat — PK — Eschwege, der Polizeihauptwachmeister (BaL) Walter Niebling, Landrat — PK — Eschwege (1. 8. 1965);

bei der Landeskriminalpolizei

ernannt

zum Kriminalbezirkskommissar der Kriminalhauptkommissar (BaL) Rudolf Schönberger, Staatliches Kriminalkommissariat Marburg/Lahn (17. 9. 1965); zu Kriminaloberkommissaren die Kriminalkommissare (BaL) Dietrich Bürgel, Staatliches Kriminalkommissariat Eschwege (17. 9. 1965), Rudi Zipprich, Staatliches Kriminalkommissariat Marburg/Lahn (17. 9. 1965), Rudolf Eckhardt, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (17. 9. 1965);

zu Kriminalobermeistern die Kriminalmeister (BaL) Helmut Nieland, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (24. 9. 1965), Hans-Georg Merkel, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (24. 9. 1965), Günter Schäfer, Staatliches Kriminalkommissariat Eschwege (23. 9. 1965);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister (BaL) Willi Dins, Staatliches Kriminalkommissariat Eschwege (29. 9. 1965), Klaus Lottenburger, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (29. 9. 1965), Friedrich Heidmann, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (29. 9. 1965);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister (BaP) Karl-Helmut Schmidt, Staatliches Kriminalkommissariat Marburg/Lahn (29. 9. 1965), Dieter Jungermann, Staatliches Kriminalkommissariat Eschwege (29. 9. 1965), Wolf Neugebauer, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (29. 9. 1965).

Kassel, 14. 10. 1965

Der Regierungspräsident
P/1 Az. 70 16/03 B
StAnz. 45/1965 S. 1320

d. Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zu Kriminalhauptmeistern die Kriminalobermeister Heinrich Bender (BaL), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65), Rudolf Rögner (BaL), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65);

zu Kriminalobermeistern die Kriminalmeister Theodor Juli (BaL), Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 7. 65), Friedrich List (BaL), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 8. 65);

zum Polizeiobermeister der Polizeimeister (BaL), Karlheinz Lotz, Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65);

zum Kriminalmeister der Polizeimeister (BaL), Johannes Werz, Staatl. Krim.-Komm. Limburg (1. 9. 65);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister Manfred Bolte (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 7. 65), Günter Buhlmann (BaP), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65), Günter Drexel (BaP), Staatl. Krim.-Komm. Hanau (1. 7. 65), Karlheinz Heimann (BaP), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65), Rudolf Herz (BaP), Staatl. Krim.-Komm. Bad Homburg v.d.H. (1. 7. 65), Manfred Klein (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden

(1. 7. 65), Rudi Kretschmer (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 7. 65), Klaus Millmann (BaP), Staatl. Krim.-Komm. Hanau (1. 7. 65), Ludwig Münzberger (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 7. 65), Hubert Skubski (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 7. 65), Hans-Jürgen Wichermann (BaP), Kriminalinspektion Wiesbaden;

entlassen

Kriminalobermeisterin (BaL), Helga Tilgner, Staatl. Krim.-Kommissariat Hanau (30. 9. 65).

Wiesbaden, 13. 10. 1965

Der Regierungspräsident
I 3 — 7 0
StAnz. 45/1965 S. 1323

f) Hessischer Verwaltungsgerichtshof Kassel

ernannt

zum Amtsmeister Hauptamtsgehilfe Erich Thöne (27. 7. 65).

Kassel, 13. 10. 1965

Der Präsident des
Hessischen Verwaltungsgerichtshofs
8 b 06/03

StAnz. 45/1965 S. 1323

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Nachgeordnete Behörden

ernannt bzw. befördert

zum Vizepräsidenten bei dem Hess. Landessozialgericht Darmstadt Senatspräsident Dr. Friedrich Etmer (8. 9. 1965);

zum Vizepräsidenten bei dem Landesarbeitsgericht Frankfurt a.M. Landesarbeitsgerichtsdirektor Willi Redde als auf Lebenszeit bestellter Vertreter des Präsidenten (10. 9. 1965);

zum Regierungsoberamtmann Regierungsamtmann Wilhelm Schwan Hess. Landessozialgericht Darmstadt (27. 9. 1965);

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Martin Bieler Sozialgericht Frankfurt a.M. (9. 8. 1965);

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren Richard Dressel Sozialgericht Kassel (9. 8. 1965), Wilhelm Dreiseitel Sozialgericht Gießen (9. 8. 1965), Werner Hahn Sozialgericht Gießen (9. 8. 1965), Ernst Tomiczek Sozialgericht Frankfurt a.M. (9. 8. 1965), Friedrich Dietrich Arbeitsgericht Hanau (19. 8. 1965), Hubert Brysch Landesarbeitsgericht Frankfurt a.M. (19. 8. 1965), Horst Seumel Arbeitsgericht Wiesbaden (20. 8. 1965), Heinrich Leuthner Arbeitsgericht Wiesbaden (20. 8. 1965), Willi Flörshaimer Arbeitsgericht Fulda (20. 8. 1965), Willi Freitag Arbeitsgericht Bad Hersfeld (20. 8. 1965), Wilhelm Nassau Arbeitsgericht Marburg (20. 8. 1965);

zur Regierungsoberinspektorin die Regierungsinspektorinnen Margot Walke Arbeitsgericht Limburg (20. 8. 1965), Johanna Mäurer Arbeitsgericht Wiesbaden (20. 8. 1965);

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren Kurt Lambert Arbeitsgericht Frankfurt a.M. (20. 8. 1965), Adolf Urbach Arbeitsgericht Kassel (20. 8. 1965);

in den Ruhestand getreten

Landessozialgerichtsrat Werner Posse Hess. Landessozialgericht Darmstadt mit Wirkung vom 1. August 1965; Sozialgerichtsrat Ludwig Wagner Sozialgericht Darmstadt mit Wirkung vom 1. September 1965; Regierungsoberinspektor Franz Neumann Sozialgericht Wiesbaden mit Wirkung vom 1. September 1965.

Wiesbaden, 15. 10. 1965

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— Z 2 a 2 — 7016 —
Tgb.Nr. Allg. 138/65

StAnz. 45/1965 S. 1323

1965

Montag, den 8. November 1965

Nr. 45

Veröffentlichungen

3299

Widmung einer im Zuge der Kreisstraße 46 neugebauten Strecke in Lütter, Landkreis Fulda, Reg.-Bez. Kassel.

Die in der Ortslage Lütter, Landkreis Fulda, Reg.-Bez. Kassel, neugebaute Straße

von km 12,212 neu = alt
bis km 12,786 neu = (km 12,833 alt) = 574 m

wird mit Wirkung vom 1. November 1965 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. 1 S. 437 —).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der Kreisstraße 46.

Rechtsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreis-ausschuß des Landkreises Fulda in Fulda, Wörthstraße 15, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

64 Fulda, 20. 10. 1965

Der Kreis-ausschuß des
Landkreises Fulda
1/3 Az.: 651 — 00
Dr. Stiel er

Gerichtsangelegenheiten

3300

Aufgebote

F 4/65 — Aufgebot: Die Witwe Katharina Schütrumpf, geb. Saam und die Ehefrau Erna Reinhardt, geb. Schütrumpf, beide in Friedewald, haben das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Friedewald, Band 45, Blatt 1106, eingetragenen und in Friedewald belegenen Grundstücks, Flur 7, Flurstück 37, Ackerland, am Köhlerholz, mit 6,63 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Die im Grundbuch eingetragene bisherige Eigentümerin, die Ehefrau des Schreiners Konrad Schütrumpf Maria, geb. Berger in Friedewald, ist verstorben. Die derzeitigen Eigentümer werden aufgefordert spätestens in dem auf den 21. Dezember 1965, um 11.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 17, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

643 Bad Hersfeld, 26. 10. 1965

Amtsgericht

3301 Güterrechtsregister

Neueintragungen

GR 1146 — 15. 10. 1965: Schellnack, Rolf Gustav, Bautechniker, Oberursel (Taunus), Ausstraße 22, und Elisabeth Apollonia, geb. Sell, daselbst.

Durch Vertrag vom 1. Juli 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1147 — 15. 10. 1965: Willig, Rolf Herbert, Bankkaufmann, Bad Homburg v. d. H., Waisenhausstraße 18, und Doris Katharina Barbara, geb. Sünder, daselbst.

Durch Vertrag vom 17. September 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1148 — 27. 10. 1965: Kindermann, Ernst, Schreinermeister, Oberursel (Taunus), Aumühlenstraße 10, und Katharina, geb. Stoll, daselbst.

Durch Vertrag vom 27. September 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 29. 10. 1965

Amtsgericht

3302

Neueintragungen

GR 286 — 1. 10. 1965: Gerhard Wicke, Versicherungskaufmann in Affoldern, (Kreis Waldeck), Schulstraße 85 und Hildegard, geb. Fritz.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 287 — 1. 10. 1965: Otto Brand, Kaufmann in Bad Wildungen — Alt Wildungen, Am Amtsgarten 3 und Elisabeth Brand — Böhmer, geb. Böhmer.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 288 — 1. 10. 1965: Werner Daume, Uhrmachermeister in Bad Wildungen — Reinhardshausen, Mühlenstraße und Hillrun, geb. Bender.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 289 — 13. 10. 1965: Rolf Krüger, Handelsvertreter in Odershausen, Am Gericht 141 und Petra, geb. Schulz.

Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

359 Bad Wildungen, 22. 10. 1965

Amtsgericht

3303

5 GR 1220 — 25. 10. 1965: Alfons Distler, Maurer in Pilgerzell, Krs. Fulda, und Anna Elisabeth, geb. Bertsch.

Durch notariellen Vertrag vom 25. September 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Der Überlebende setzt die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fort.

5 GR 1221 — 25. 10. 1965: Wilhelm Freundt, Kraftfahrer in Engelhelms, Krs. Fulda, und Amanda, geb. Marzina.

Durch notarielle Erklärung vom 30. August 1965 ist die Schlüsselgewalt der Ehefrau ausgeschlossen.

64 Fulda, 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 5

3304

Neueintragung

GR 226: Technischer Angestellter Heinrich Albert Brückner und Edda Irma Brückner, geb. Kalden, beide in Somborn (Kreis Gelnhausen), Schafgartenstraße 3.

Durch Vertrag vom 20. August 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 22. 10. 1965

Amtsgericht

3305

Neueintragung: I

4a GR 401 A — 28. 10. 1965: Karl Georg Knöchel, kaufm. Angestellter, und Edla, geb. Rieß, in Mörfelden, Mainstraße 34.

Durch Ehevertrag vom 25. September 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 28. 10. 1965

Amtsgericht

3306

GR 189: Eheleute Redakteur Hubert Anton Habicht und Margareta, geb. Martini, Flörshheim (Main), Maler-Schützstraße 12.

Durch Vertrag vom 28. August 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6203 Hochheim (Main), 18. 10. 1965

Amtsgericht

3307

GR 216: Eheleute kaufmännischer Angestellter Johannes Schäfer und Irmgard, geb. Engel, in Esch (Ts.).

Durch notariellen Vertrag vom 28. April ist unter Ausschluss der Zugewinn-gemeinschaft die Gütertrennung vereinbart.

627 Idstein (Ts.), 13. 10. 1965

Amtsgericht

3308

5 GR 216 A: Kaufmann Heinrich Franz und Ehefrau Zita, geb. Janke, Viernhelm, haben durch Vertrag vom 9. 3. 1965 Gütertrennung vereinbart.

684 Lampertheim, 27. 10. 1965

Amtsgericht

3309

5 GR 215 — 21. Oktober 1965: Die Eheleute Julius August Adolf Heß und Marie, geb. Sudheimer, Lampertheim, haben durch Vertrag vom 22. 7. 1965 Gütertrennung vereinbart.

684 Lampertheim, 21. 10. 1965.

Amtsgericht

3310

5 GR 215 A: Die Eheleute Kaufmann Adam Seib IV, und Margarethe, geb. Kiesel, Biblis, haben durch Vertrag vom 21. 1. 1965 Gütertrennung vereinbart.

684 Lampertheim, 21. 10. 1965

Amtsgericht

3311

5 GR 216: Die Eheleute Wilhelm Strieder und Lieselotte, geb. Nethe, Bürstadt, haben durch Vertrag vom 12. 7. 1962 Gütertrennung vereinbart.

684 Lampertheim, 27. 10. 1965

Amtsgericht

3312**Neueintragung**

GR 92 — 26. 10. 1965: Oskar Ebert Schneider in Rothemann, Krs. Fulda, und Maria, geb. Henkel,

Durch notariellen Vertrag vom 11. September 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Der Überlebende setzt die Gütergemeinschaft mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fort.

6407 NeuhoF (Krs. Fulda), 29. 10. 1965

**Amtsgericht Fulda
Zweigstelle NeuhoF**

3313**Neueintragungen**

GR 3611 — 20. 10. 1965: Eheleute Karl Paul Herbert Wolff in Offenbach (Main) und Rudolfine, geb. Kohl in Bückeberg.

Durch notariellen Vertrag vom 23. 7. 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3612 — 20. 10. 1965: Eheleute Thomas Büchinger und Hedwig, geb. Detig in Offenbach (Main).

Durch notariellen Vertrag vom 16. 4. 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Veränderungen

GR 3491 — 26. 10. 1965: Eheleute Sebastian Ferdinand Meier und Elisabetha, geb. Weis, Offenbach (Main)-Bieber.

Vorbehaltsgut der Ehefrau ist das im Grundbuch von Offenbach (Main)-Bieber in Blatt 1689 eingetragene Grundstück Flur 7, Nr. 230/1, Bauplatz, Wikingerstraße, Größe 3,03 Ar.

Auf die notarielle Urkunde vom 18. 10. 1965 wird im übrigen Bezug genommen.

605 Offenbach (Main), 26. 10. 1965

Amtsgericht Abt. 5

3314

GR 171 — 22. Oktober 1965: Eheleute Weißbinder Alois Bauernschmidt und Eva, geb. Ricker in Schlierbach, Hellsteiner Straße 4.

Durch notariellen Vertrag vom 7. September 1965 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

648 Wächtersbach, 22. 10. 1965

Amtsgericht

Vereinsregister**3315 Neueintragungen**

VR 177 — 1. 11. 1965: Turn- und Sportvereinigung Rot-Weiß Auerbach 1881; Sitz: Bensheim-Auerbach.

614 Bensheim, 1. 11. 1965

Amtsgericht

3316 Neueintragung

VR 128: Fußballclub Alemannia 05 Niedermittlau, Sitz: Niedermittlau (Kreis Gelnhausen).

646 Gelnhausen, 21. 10. 1965

Amtsgericht

3317

5 VR 100: In unser Vereinsregister wurde heute eingetragen: Reit- und Fahrverein Biblis mit dem Sitz in Biblis.

684 Lampertheim, 21. 10. 1965

Amtsgericht

3318 Neueintragung

VR 129 — 25. Oktober 1965: Minigolfclub Volksschule Winkels 1965 in Winkels (Oberlahnkreis).

629 Weilburg, 25. 10. 1965 **Amtsgericht**

3319

5 VR 184: Unterstützungs- und Versorgungskasse für die Belegschaft der M. Hensoldt u. Söhne AG. e. V., Wetzlar.

Der Verein ist durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 8. Sept. 1965 aufgelöst.

Zum Liquidator ist der Prokurist Carl Berghäuser in Burgsolms bestellt.

633 Wetzlar, 21. 10. 1965 **Amtsgericht**

3320 Vergleiche — Konkurse

61 N 7/65: Konkursverfahren über das Vermögen des Transportkaufmanns Rudolf Wilhelm Sucker, Darmstadt, Groß-Gerauer Weg 55.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 650,— DM, seine Auslagen auf 84,80 DM festgesetzt.

Schlußtermin wird bestimmt auf 9. Dezember 1965, um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, mit folgender Tagesordnung: a) Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen; b) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters; c) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis.

61 Darmstadt, 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 61

3321**Beschluß**

81 N 206/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Prokura Unternehmensberatung GmbH., Frankfurt (Main), Liebfrauenberg 26, wird zur Prüfung angemeldeter Forderungen weiterer Prüfungstermin anberaumt auf den 3. Dezember 1965, um 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

6 Frankfurt (Main), 26. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3322**Beschluß**

81 N 240/65: In dem Konkursverfahren der Firma MERCO GmbH, Klimatechnik, Frankfurt (Main), Sontraer Straße 17, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 26. November 1965, um 10,00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7 — 11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 22. 10. 1965

Amtsgericht Abt. 81

3323

81 N 366/65 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der LIMES Hoch- und Tiefbau Gesellschaft mbH., Frankfurt (Main)-Rödelheim, Burgfriedenstraße 8, wird heute, am 1. Nov. 1965, um 14.30 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Revermann, Schwalbach (Taunus), Pfingstbrunnenstraße 5; Tel.: 8 17 37.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 11. 1965 zweifach schriftlich, Zinsen mit

dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am: 3. Dez. 1965, um 10.00 Uhr; Prüfungstermin: 17. Dez. 1965, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. November 1965 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 2. 11. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3324**Beschluß**

81 N 42/64: Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Business Counselors Betriebsberatungs-GmbH., Frankfurt (Main), Niddastraße 42-44, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

Der Nachtragsverteilung bleiben vorbehalten die Forderungen gegen Lang und Stödté.

6 Frankfurt (Main), 29. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3325

81 N 367/65 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma Limes Elektrobau Gesellschaft mbH., Frankfurt (Main)-Rödelheim, Burgfriedenstraße 8, wird heute, am 1. Nov. 1965, um 14.30 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt S. Matern, Frankfurt (Main), Homburger Landstraße 108a; Tel: 54 35 41.

Konkursforderungen sind bis zum 30. Nov. 1965 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am: 3. Dez. 1965, um 10.30 Uhr; Prüfungstermin: 17. Dez. 1965, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. Nov. 1965 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 1. 11. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3326

81 N 284/65: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Siebert's Gesundheitstechnische Anlagen GmbH., Frankfurt (Main), Bruchstraße 12, ist durch rechtskräftigen Beschluß des Landgerichts Frankfurt (Main) vom 6. 10. 1965 — 2/9 T 828/65 — aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 29. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3327**Beschluß**

81 N 134/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jürgen Winkler, Frankfurt (Main), Ganghoferstraße 2, jetzt Eckenheimer Landstraße 301, alleiniger Inhaber der Elektrogroßhandlung Jürgen Winkler, Frankfurt (Main), Höhenstraße 49, wird zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung des Ver-

walters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Abstimmung über einen Zwangsvergleichsvorschlag, Termin auf den 26. November 1965, um 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1250,— DM, seine Auslagen werden auf 92,50 DM festgesetzt.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht für die Beteiligten niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 2. 11. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3328

Beschluß

81 N 171/4: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Mercator Handelsgesellschaft mbH., Frankfurt (Main), Schulstraße 13, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 26. November 1965, um 10.20 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 26. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 81

3329

N 3/65: In dem Nachlaßkonkursverfahren Sodeik ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Freitag, den 17. Dezember 1965, um 11 Uhr im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Saal 13, bestimmt.

646 Gelnhausen, 28. 10. 1965

Amtsgericht

3330

Beschluß

VN 1 u. 2/65: In den Vergleichsverfahren über das Vermögen

1. der in HR A 354 eingetragenen Firma Revaplast KG., Walter Lohse in Sachsenhausen (Krs. Waldeck) — einziger persönlich haftender Gesellschafter der zu 2. Genannte —,

2. des Ing. Walter Lohse in Korbach, Rosenstraße 30 (Privatvermögen), werden a) die im Vergleichstermin am 18. 10. 1965 angenommenen Vergleiche hierdurch bestätigt,

b) beide Verfahren werden aufgehoben.

354 Korbach, 26. 10. 1965

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Be-

rechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3331

Beschluß

K 6/65: Das im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 107, Blatt 3889, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hersfeld, Flur 38, Flurstück 1096/302, Hof- und Gebäudefläche, Meisebacher Straße 38, Größe 4,66 Ar,

soll am 13. Dezember 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 5. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kranzbinder Heinz Ott in Bad Hersfeld.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 28. 10. 1965

Amtsgericht

3332

Beschluß

4 K 22/65: Die im Grundbuch von Huppert, Band 8, Blatt 236, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Huppert, Flur 1, Flurstück 83, Bauplatz, Wasserstück, Größe 5,82 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Huppert, Flur 1, Flurstück 82, Bauplatz, Wasserstück, Größe 5,87 Ar,

sollen am 7. Februar 1965, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 9. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Minna Mehl, geb. Aglaster, Huppert.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 83 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 19. 10. 1965

Amtsgericht

3333

K 11/65: Das im Grundbuch von Petterweil, Band 16, Blatt 779, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Petterweil, Flur 1, Flurstück 594/68, Hof- und Gebäudefläche, Vilbeler Straße 44, Größe 2,92 Ar,

soll am Donnerstag, 13. 1. 1966 um 15 Uhr, im Bürgermeistereigebäude von Petterweil durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 6. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Radiohändler Alfred Brokelmann, Petterweil zu 1/2, b) dessen Ehefrau Barbara

Brokelmann geb. Burkert, Petterweil, zu 1/2.

Einheitswert: 9 400,— DM, Schätzungswert des Ortsgerichts: 53 760,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 25. 10. 1965

Amtsgericht

3334

K 17/65: Die im Grundbuch von Oberhörden, Band 18, Blatt 695, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Oberhörden, Lieg.-B. 825:

Nr. 2, Flur 6, Flurstück 211, Grünland, oben im Seifen, Größe 11,12 Ar,

Nr. 3, Flur 4, Flurstück 115, Ackerland, auf der Wegscheide, Größe 6,75 Ar,

Nr. 4, Flur 8, Flurstück 181, Ackerland, am Mattenberg, Größe 6,37 Ar,

Nr. 5, Flur 10, Flurstück 209, Ackerland, in der Eibgrube, Größe 6,38 Ar,

Nr. 6, Flur 1, Flurstück 603, Ackerland, am Limberg, Größe 12,56 Ar,

sollen am Montag, den 17. Januar 1966 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 72, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden

Eingetragener Eigentümer am 23. August 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Laborant Wilhelm Blöcher, Heinrich's Sohn, in Oberhörden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 22. 10. 1965

Amtsgericht

3335

61 K 41/64: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk II, Band 17, Blatt 1028, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 2, Flurstück 1498, Hof- und Gebäudefläche, Magdalenenstraße 11,

soll am Donnerstag, den 20. Januar 1965, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 10. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Dipl.-Ing. Ludwig Finkelsen in Darmstadt; 2. dessen Ehefrau Hedwig Finkelsen, geb. Hille, daselbst, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 61

3336

8 K 34/64, 3/65: Das im Grundbuch von Oberscheld, Band 34, Blatt 1264 eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Oberscheld, Flur 56, Flurstück 3/2, Hof- und Gebäudefläche, Bergstraße, Größe 5,41 Ar,

soll am 19. Januar 1966, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am a) 28. September, 1964 b) 9. Februar 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Schweißler Erich Eberhard Scheld in Oberscheld

(Dillkreis) — zur ideellen Hälfte — zu b) Ehefrau Hildegard Scheld, geb. Donsbach in Oberscheld (Dillkreis) — zur ideellen Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 22. 10. 1965

Amtsgericht

3337

84 K 4/65: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen

I. die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Eschersheim (45), Band 34, Blatt 1254 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 156, Gemarkung Eschersheim, Flur 17, Flurstück 33, Grünland, Im Engen, Größe 50,27 Ar,

lfd. Nr. 157, Gemarkung Eschersheim, Flur 17, Flurstück 32, Ackerland, das heilige Gewann, Größe 239,11 Ar,

lfd. Nr. 159, Gemarkung Eschersheim, Flur 13, Flurstück 12, Gartenland, Am Mühlgraben, Größe 11,73 Ar,

lfd. Nr. 163, Gemarkung Eschersheim, Flur 11, Flurstück 14, Grünland, Am Roßlöffel, Größe 58,65 Ar,

lfd. Nr. 178, Gemarkung Eschersheim, Flur 16, Flurstück 42, Grünland, gegen das Feld, Größe 9,08 Ar,

lfd. Nr. 179, Gemarkung Eschersheim, Flur 16, Flurstück 56, ebenso, Größe 32,90 Ar,

lfd. Nr. 180, Gemarkung Eschersheim, Flur 16, Flurstück 135/59, Grünland, Nachtweide, Größe 8,99 Ar;

II. die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 43, Band 9, Blatt 335, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hedderheim, Flur 6, Flurstück 72, Ackerland (Obstb.), In der Römerstadt, Größe 12,87 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Hedderheim, Flur 4, Flurstück 223/142, Grünland, Große Niederwiese, Größe 7,50 Ar;

ferner:

III. die auf Jakob Daniel Mayer eingetragenen 2/5 der im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 43, Band 14, Blatt 534, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hedderheim, Flur 7, Flurstück 198/17, Ackerland, Habelstraße Größe 13,87 Ar, und

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hedderheim, Flur 7, Flurstück 199/17, Ackerland, daselbst, Größe 13,91 Ar,

am 16. Februar 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer Nr. 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 3. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): zu I.: Witwe Mathilde Mayer, geb. Gattmann (zum Teil als Vorerbin) und Klara Esther-Rosa Plaut, geb. Mayer in ungeteilter Erbengemeinschaft; zu II.: Jakob Daniel Mayer; zu III.: Jakob Daniel Mayer zu 2/5 (bezüglich der restlichen 3/5: August Hermann Rühl).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

Zu I. lfd. Nr. 156: 15 081,— DM; lfd. Nr. 157: 83 689,— DM; lfd. Nr. 159: 4 105,— DM; lfd. Nr. 163: 17 595,— DM; lfd. Nr. 178: 2724,— DM; lfd. Nr. 179: 9870,— DM; lfd. Nr. 190: 2697 DM.

Zu II: lfd. Nr. 5: 102 960,— DM; lfd. Nr. 10: 4500,— DM.

Zu III: zu versteigernde 2/5 von: lfd. Nr. 1: 44 384,— DM, lfd. Nr. 2: 44 512,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 15. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 84

3338

84 K 14/65: Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 20, Band 5, Blatt 182, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 310, Flurstück 4, Hof- und Gebäudefläche, Glauburgstraße 75a, Größe 1,27 Ar,

am 5. Januar 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer Nr. 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Mai 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ingeborg Renate Marianne Möhling, geb. Knopf, Erika Knopf und Anna Erker, geb. Lotz, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 84

3339

84 K 1/65: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 16, eingetragenen Grundstücke,

a) Band 27, Blatt 1093,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 221, Flurstück 211/28, Hof- und Gebäudefläche, Speyerer Straße 5-7, Größe 4,25 Ar;

b) Band 6, Blatt 282,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 221, Flurstück 212/28, Hof- und Gebäudefläche, Speyerer Straße 5, Größe 2,07 Ar,

am 26. Januar 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer Nr. 215 (II. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 1. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Heinrich Platt und Elfriede Leicht, geb. Schick, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgestellt wie folgt: Grundstück vorstehend zu a): 370 000,— DM; Grundstück vorstehend zu b): 180 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 84

3340

84 K 6/65: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Schwanheim, Band 67, Blatt 1683, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Schwanheim, Flur 8, Flurstück 1297/1604, Hof- und Ge-

bäudefläche, Wilhelm-Kobelt-Straße 47, Größe 2,13 Ar,

am 12. Januar 1966, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 3. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Witwe Sofie Dorothea Nicolai, verwitwete Helfenbein, geb. Heller — zu 1/2, sowie Witwe Sofie Dorothea Nicolai, verwitwete Helfenbein, geb. Heller und Schlosser Rudolf Jakob Nicolai in ungeteilter Erbengemeinschaft zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 27. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 84

3341

84 K 10/65: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 20, Band 12, Blatt 459, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 305, Flurstück 47, Hof- und Gebäudefläche, Sömmerringstraße 7, Größe 3,07 Ar,

am 6. Januar 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer Nr. 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. März 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Witwe Nathalie Marie Catharine Lagache, geb. Delsate, Witwe Georgette Marie Gertrude Lagache, geb. Delsate, Ehefrau Jeanne Marie Jaqueline Huygens, geb. Delsate, alle in Brüssel, sowie Kaufmann Alfred Friedrich Georg Leuchter in Frankfurt (Main), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 25. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 84

3342

5 K 1/65: Die im Grundbuch von Gackenhof, Band 5, Blatt 146, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 45, Gemarkung Gackenhof, Flur 11, Flurstück 1/11, Ackerland, Hof Kuppe, Größe 4,90 Ar; Grünland, Größe 64,00 Ar,

lfd. Nr. 48, Gemarkung Gackenhof, Flur 11, Flurstück 2/1, Hof- und Gebäudefläche, Hof Kuppe, Größe 15,05 Ar,

soll am 20. Januar 1965, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. Januar 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Landwirt Oskar Baier und b) dessen Ehefrau Gertrud Baier, geb. Menz, in Hof Kuppe (Gemeinde Gackenhof), in allgemeiner Gütergemeinschaft.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist auf insgesamt 18 784,40 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 29. 10. 1965

Amtsgericht

3343**Beschluß**

K 2/65: Das im Grundbuch von Nieder-Kinzig, Band 6, Blatt 245 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Flur 8 Nr. 75/1, Hof- und Gebäudefläche im Herdchen 1. Gewinn-Haus Nr. 113, Größe 8,77 Ar,

soll am 15. 2. 1966, um 14,00 Uhr, im Gerichtsgebäude Höchst (Odw.), Schulstraße 2, Zimmer Nr. 10 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 2. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wtw. Marie Preis geb. Reiter (= Schuldnerin).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG unter Zugrundelegung der ortsgewöhnlichen Schätzung festgesetzt auf 24 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6128 Höchst (Odw.) 18. 10. 1965

Amtsgericht

3344

K 11/65: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Oberjosbach, Band 2, Blatt 76 A, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberjosbach, Flur 19, Flurstück 1957, Ackerland, auf dem Raustert, Größe 13,23 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberjosbach, Flur 19, Flurstück 1951, Ackerland, daselbst, Größe 6,62 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Oberjosbach, Flur 19, Flurstück 1952, Ackerland, daselbst, Größe 6,62 Ar,

soll am 11. Janua. 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein (Taunus), Gerichtsstraße 1, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. August 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hilfsarbeiter Emil Schöttner, in Oberjosbach.

Der Wert der Grundstückshälften wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: für lfd. Nr. 1 auf DM 1057,78; für lfd. Nr. 2 auf DM 529,17; für lfd. Nr. 3 auf DM 529,17.

627 Idstein (Taunus), 1. 1. 1965

Amtsgericht

3345

51 K 24/65: Die im Grundbuch von Harleshausen, Band 15, Blatt 365, eingetragenen Miteigentumshälften an den Grundstücken, Best.-Verz.

lfd. Nr. 5, Gemarkung Harleshausen, Flur 2, Flurstück 15/54, Ackerland, auf dem Ziegenberg, Größe 14,96 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Harleshausen, Flur 13, Flurstück 281/33, Gartenland, auf der Trift, Größe 12,14 Ar,

sollen am 27. Januar 1966, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer der Miteigentumshälften am 12. Mai 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

- a) Ehefrau Elfriede Wunder, geb. Reiß;
- b) Ehefrau Mechthild Abhau, geb. Reiß;
- c) Witwe Elisabeth Günther, geb. Reiß;

d) Ehefrau Hildegard Siebert, geb. Reiß, sämtlich in Kassel, in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 27. 10. 1965

Amtsgericht

3346**Beschluß**

K 2/65: Das im Grundbuch von Lippoldsberg, Band 31, Blatt 757, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lippoldsberg, Flur 11, Flurstück 3/55, Hof- und Gebäudefläche, Hohe Breite 291, Größe 9,91 Ar,

soll am 30. November 1965, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Karlshafen, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. März 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Rentner Franz Kurzidm und dessen Ehefrau Magdalena, geb. Schwallmann, in Lippoldsberg, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3522 Karlshafen, 14. 10. 1965

Amtsgericht

3347**Beschluß**

7 K 12/65: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Hofheim, Band 35, Blatt 2130 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hofheim, Flur 12, Flurstück 106, Ackerland, am Entenbad, Größe 48,70 Ar,

soll am Mittwoch, den 19. 1. 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Oktober 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Horst Heilig und dessen Ehefrau Doris, geb. Jakob in Hofheim, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt 93 700,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 28. 10. 1965

Amtsgericht

3348**Beschluß**

7 K 10/65: Die im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Lampertheim, Band 19, Blatt 1391, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur V, Flurstück 554/2, Hof- und Gebäudefläche, Jakobstraße 5, Größe 1,26 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lampertheim, Flur V, Flurstück 554/1, Hof- und Gebäudefläche, Jakobstraße 5, Größe 1,99 Ar,

soll am Mittwoch, den 19. 1. 1966, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 6.

1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Strubel Manfred Hans in Lampertheim.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt 35 000,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 28. 10. 1965

Amtsgericht

3349

K 12/64: Das im Grundbuch von Wallenrod, Band 11, Blatt 448, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Wallenrod, Flur 1, Flurstück 145/1, Hof- und Gebäudefläche, Brücherweg 21, Größe 12,27 Ar; Grünland, daselbst, Größe 24,96 Ar,

soll am 26. Januar 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße Nr. 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. August 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Hedwig Kutzner, geb. Delnitz, Inhaberin eines Bierverlags in Wallenrod.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 78 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach, 25. 10. 1965

Amtsgericht

3350

7 K 20/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach (Main), Band 163, Blatt 4756, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach (Main), Flur 6, Nr. 567/2, LB 3436, Hof- und Gebäudefläche, Dreieichring 56, Größe 4,08 Ar,

am Mittwoch, dem 5. Januar 1966, um 9.00 Uhr, durch das unterzeichnende Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (7. April 1964): Eheleute Bilanzbuchhalter Johannes Zeul und Ottilie, geb. Eichinger, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 155 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 26. 10. 1965

Amtsgericht, Abt. 7

3351**Beschluß**

61 K 39/65: Das im Grundbuch von Sonnenberg, Band 38, Blatt 1014, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 154/53, Lieg.-B. 1199, Hof- und Gebäudefläche, Rambacher Straße 83, Größe 1,48 Ar,

soll am 7. Februar 1966, um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Sep-

tember 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ehefrau Johanna Henriette Bumann, geb. Jeck, Wiesbaden; b) Ehefrau Caroline Katharina Becker, geb. Jeck, Wiesbaden; c) Schlosser Karl Anton August Jeck, Naurod; d) Ehefrau Auguste Pauline Dörr, geb. Jeck, Wiesb.-Sonnenberg; e) Ehefrau Pauline, Wilhelmine Beltz, geb. Jeck, Wiesb.-Bierstadt; f) Ida Hildegard Anna Jeck, geb. Schmidt, Wiesb.-Sonnenberg; g) Hildegard Anna Martha Hergert, geb. Jeck, Wiesb.-Sonnenberg; h) Gisela Johanna Tolksdorf, geb. Jeck, Wiesb.-Biebrich; i) Erich Hermann Jeck, Wiesb.-Sonnenberg.

Auf die Sammelbekanntmachung am

Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 20. 10. 1965

Amtsgericht

3352

Beschluß

K 5/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neuen-schmidten, Band XII, Blatt 247, eingetragene und im Ortsteil Schächtelburg belegene Grundstück,

Flur 1, Flurstück 24, Hof- und Gebäude-fläche, Grünland, Wald (Holzung), Hellbruchweg 2, Größe 56,12 Ar,

am Mittwoch, dem 12. Januar 1966, um

9.30 Uhr an der Gerichtsstelle, Bahnhof-straße 2, Zimmer 10, versteigert werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. Juli 1965 ins Grundbuch eingetra-gen worden.

Als Eigentümerin war damals eingetra-gen Frau Lieselotte Düver, geb. Baum-gärtner in Hanau (Main).

Der Verkehrswert des Grundstückes wird gemäß § 74a, Abs. 5 ZVG auf rund 14 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

648 Wächtersbach, 28. 10. 1965

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

3353

Genehmigung

für einen Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen von Frankfurt (Main) nach Salzburg (Österreich)

Der Deutschen Touring Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M., habe ich auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes vom 21. 3. 1961 — BGBI. I S. 241 — die Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach §§ 42/52 PBefG von Frankfurt a. M. nach Salzburg (Österreich) über Darmstadt — Heidelberg — Karlsruhe — Stuttgart — Augsburg — München — Bernau — Felden — Bad Reichenhall befristet bis 31. 10. 1973 erteilt.

62 Wiesbaden, 19. 10. 1965

Der Regierungspräsident
III 4b — 1 — Az.: 66 f 02

3354

Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (Beschluß Nr. IV/14)

Betr. Gesetz zur Durchführung der Kriegsopterfürsorge (DGKOF) vom 9. 10. 1962 und 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopterrechts vom 21. 2. 1964;

hier: Heranziehung örtlicher Träger durch den überörtlichen Träger zur Durchführung von Aufgaben der Kriegsopterfürsorge.

Der Verwaltungsausschuß beschließt auf Antrag des Direktors einstimmig:

Auf Grund des § 3 des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopterfürsorge vom 9. 10. 1962 wird mit Zustimmung des Ministers für AVG und des Ministers des Innern bestimmt, daß die örtlichen Träger der Kriegsopterfürsorge folgende Aufgaben der Kriegsopterfürsorge — mit Ausnahme aller Aufgaben für den Personenkreis der Sonderfürsorgeberechtigten nach § 27 c BVG und aller Leistungen für Hinterbliebene im Sinne des § 2 Abs. 3 DGKOF durchführen und selbständig entscheiden:

1. Hilfen nach § 26 des BVG

- Gewährung von Hilfen zur Unterhaltung und zum Betrieb eines Kraftfahrzeuges sowie zum Erwerb eines Führerscheines und zur Unterstellung eines Kfz. nach § 13 der VO zur Kriegsopterfürsorge (VO/KOF).
- Gewährung von Hilfen zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen nach § 13 VO/KOF, und zwar Beihilfen bis zum Betrage von 300,— DM, Darlehen bis zum Betrage von 1 500,— DM. Wird außer einer Beihilfe bis zu 300,— DM gleichzeitig auch ein Darlehen von über 1 500,— DM beantragt, so entscheidet über den Antrag auf beide Leistungen der überörtliche Träger.
- Gewährung von Hilfen zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen Existenz nach § 14 VO/KOF, und zwar Beihilfen bis zum Betrag von 300,— DM, Darlehen bis zum Betrag von 3 000,— DM.

Wird außer einer Beihilfe bis zu 300,— DM gleichzeitig auch ein Darlehen von über 3 000,— DM beantragt, so entscheidet über den Antrag auf beide Leistungen der überörtliche Träger.

2. Hilfen nach § 27 a Abs. 3 BVG

Beihilfen für Umzugskosten (Speditions- und Fahrtkosten) als Pflichtleistungen der Wohnungsfürsorge, wenn

- der Umzug mit der Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes zusammenhängt (§ 25 Abs. 1 VO/KOF),
- der Umzug aus schädigungsbedingten Gründen erforderlich ist,
- durch den Umzug ein Zusammenwohnen mit nahen Angehörigen erreicht und damit wegen gegenwärtiger Pflegebedürftigkeit eine Heimeinweisung vermieden wird.

3. Hilfen nach § 27 b BVG

- Überführung der in § 100 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 BSHG sowie der in § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG genannten Personen in Anstalten, Heime und gleichartige Einrichtungen.
- Überleitung der bürgerlich-rechtlichen Unterhaltsansprüche der in § 100 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 BSHG sowie der in § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG genannten Personen auf den überörtlichen Träger und Verwirklichung dieser Ansprüche.
- Überleitung der Ansprüche auf Renten, Unterhaltshilfen, Versorgungsbezüge und andere Leistungen, die nicht zu den Ansprüchen zu b) gehören, auf den überörtlichen Träger für die in § 100 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 BSHG sowie in § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG genannten Personen.
- Versorgung Behinderter im Sinne des § 39 Abs. 1 BSHG außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen mit Körperersatzstücken, größeren orthopädischen und größeren anderen Hilfsmitteln im Sinne des § 81 Abs. 1 Nr. 3 BSHG bis zu einem Betrag von je 1 000,— DM im Einzelfall. Ausgenommen bleibt die Beschaffung von Krankenfahrzeugen.
- Auszahlung von Leistungen, die außerhalb einer Anstalt, eines Heimes oder einer gleichartigen Einrichtung für die in § 100 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 6 BSHG sowie in § 3, Abs. 1 Nr. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG genannten Personen entstehen (Familienpflegehilfe). Voraussetzung ist in jedem Fall die Kostenzusicherung durch die Hauptfürsorgestelle des LWV Hessen.
- Gewährung der Hilfe zum Lebensunterhalt oder in besonderen Lebenslagen für Nichtsehfähige außerhalb einer Anstalt, eines Heimes oder einer gleichartigen Einrichtung, wenn diese Hilfe dazu bestimmt ist, Nichtsehfähige sehhaft zu machen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG).
- Gewährung von Hilfen zum Lebensunterhalt nach §§ 51 bis 55 BSHG sowie von Beihilfen nach § 56 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 2 BSHG bis zum Höchstbetrage von 500,— DM an Beschädigte, deren Tuberkuloseerkrankung
 - als Schädigung im Sinne des BVG anerkannt ist und zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 50 v.H. geführt hat,
 - nicht als Schädigung im Sinne des BVG anerkannt ist, wenn die Leistung jedoch wegen des als Schädigung im Sinne des BVG anerkannten Leidens notwendig ist oder aus Billigkeitsgründen gewährt wird (§ 25 a Abs. 3 BVG) und Tuberkulosekranke-Hinterbliebene bei Vorliegen des Zusammenhanges zwischen dem Verlust des Ernährers und der Notwendigkeit der Leistungen oder bei Gewährung von Leistungen aus Billigkeitsgründen (§ 25 Abs. 3 BVG).

- h) Gewährung der Krankenhilfe, Gewährung der Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Weiterführung des Haushalts bei Krebskranken nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BSHG. Hiervon ausgenommen sind gezielte Nachkuren in geeigneten Sanatorien oder gleichartigen Einrichtungen.
- i) Sonderregelung für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main als örtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge: Gewährung der Hilfe für Gefährdete, wenn die Gefährdung den Aufenthalt in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung erfordert.

Änderungen des diesem Beschluß zu Grunde liegenden Beschlusses vom 26. 10. 1962 Nr. III/305 über die Heranziehung von örtlichen Trägern der Sozialhilfe zur Durchführung von Aufgaben des LWV gelten entsprechend für Leistungen nach § 27 b BVG.

4. Hilfen nach § 26 Nr. 2 VO/KOF

Gewährung von Hilfen zur Beschaffung eines Kraftfahrzeuges nach Maßgabe der Nr. 1 Buchst. b dieses Beschlusses sowie Hilfen zur Unterhaltung, zum Betrieb und zum Unterstellen eines Kraftfahrzeuges und zum Erwerb eines Führerscheins, sofern der Beschädigte wegen der Art oder Schwere der Schädigung auf die Benutzung eines Kraftfahrzeuges angewiesen ist.

Den nach den Ziffern 1a bis c, 2a bis c und 3a, d bis i und 4 entstehenden Aufwand rechnet der örtliche Träger der Kriegsopferfürsorge zu 80 % mit dem Bund ab, während 20 % nach § 5 DGKOF durch den überörtlichen Träger getragen werden. Dieser 20 %-ige Kostenanteil ist von den örtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge mit besonderer Abrechnung bei der Hauptverwaltung des LWV Hessen — Hauptfürsorgestelle — anzufordern.

Die örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge werden hiermit ermächtigt, bei Erstellung der Statistik der Kriegsopferfürsorge Auskunft im Rahmen der Aufgaben zu geben, zu deren Durchführung sie mit diesem Beschluß herangezogen worden sind.

Der Beschluß Nr. III/376 vom 16. 1. 1963 wird aufgehoben.

63 Gießen, 17. 9. 1965

Vorsitzender
des Verwaltungsausschusses
gez. Leimbach
Erster Landesdirektor

Mitglied
des Verwaltungsausschusses
gez. Baier
Landrat



Reklamationen

bei Ausbleiben des Staats-Anzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt.

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.



H. Osterhagen

Frankfurt a. M.
Mainzer Landstraße 691
Ruf (06 11) 38 21 53

Tanküberprüfung
PLASTAPHEN.
Kunststoffauskleidung

Tankreinigung — Leck-,
Warn- und
Sicherungs-Anlagen

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen



SCHRÖDER-PLANUNG
DIPL.-ING. HEINZ A. SCHRÖDER

Mit 200 qualifizierten Mitarbeitern führen wir für Sie aus:

**Planung, Konstruktion und Bau-
leitung für Hoch- und Ingenieurbau,
Tiefbau und Verkehr, Maschinen-
und Elektrotechnik**

ZENTRALE: 61 DARMSTADT · RHEINSTRASSE 22
Telefon 2 62 43 - 5 FS 04 - 189428



LOUIS BERGER GMBH.
ARCHITEKTUR- UND INGENIEURBÜRO

Frankfurt/Main, Baseler Straße 46, Tel. 33 86 60 u. 33 86 70
Beratung · Planung · Bauleitung



**WILHELM FIESELER
OHG
WIESBADEN**

Adelheidstr. 21 · Tel.-Sa.-Nr. 3 94 11
Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

Ingenieurbüro

Dipl. Ing. Hans Kleinlogel

beratender Ingenieur VBI

Staatl. vereidigter Sachverständiger

Karlstraße 19 · DARMSTADT · Tel.: 70156

Ingenieurbüro Techna

Ing. Gesellschaft m. b. H.

Straßen — Brücken — Autobahnen

6 Frankfurt/Main

Adalbertstraße 18 · Telefon 70 33 25

Ingenieurbüro Günter Schwebel

Büro für Straßen- und Verkehrsplanung

6 Frankfurt/Main

Grethenweg 45 · Telefon 61 59 94

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6.60 Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ltd. Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag Verlag Kultur und Wissen GmbH, 62 Wiesbaden Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60 Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz, Nr. 78 326. Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden, Nr. 69 655 Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33.

Anzeigerannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Ruf: Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40 über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40 Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreisliste lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang dieser Ausgabe 24 Seiten

3355

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 26. Oktober 1965 sind die Sparkassenbücher Nr. 01-78563 lautend auf Hans Schumacher und Nr. 01-69967 lautend auf Frau Liesel Schumacher, beide wohnhaft in Offenbach (Main), Goethestraße 115, für kraftlos erklärt worden.

Frankfurt (Main), 26. 10. 1965 **Stadtparkasse Frankfurt a. M.**
Der Vorstand

3356

Aufforderung: Die Kraftloserklärung wurde für die nachstehenden Sparkassenbücher beantragt: 1. Nr. 807 590 Heinrich Kratz, Schaaheim, Trieb 11. 2. Nr. 409 236 Emma Seidl Wwe., geb. Rimpl, Spachbrücken, Gartenstraße 39 von den Kontoinhabern.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6114 Groß-Umstadt, 21. 10. 1965 **Kreissparkasse für den Landkreis Dieburg**
Der Vorstand

3357

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 28. 10. 1965 sind die Sparkassenbücher Nr. 475 33 Mathilde Herbert, Steinhaus Nr. 3 und Nr. 1904 unserer Hauptzweigstelle Hettenhausen Josef Ulrich, Schmalnau, Hauptstr. 34, für kraftlos erklärt worden.

64 Fulda, 28. 10. 1965 **Kreissparkasse Fulda**
Der Vorstand

3358

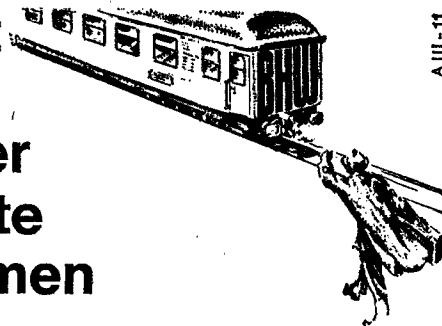
Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 2. November 1965 ist das Sparkassenbuch Nr. 2 146 944, Gisela Nuttebaum, Kassel, Esmarchstraße 38, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 2. 11. 1965 **Stadtparkasse Kassel**
Der Vorstand

In Zuschriften an den Staats-Anzeiger
bitte

Ihre Postleitzahl nicht vergessen!

**Nicht
in
letzter
Minute
kommen**



A III-11

Der Dezember bringt uns stets einen großen Andrang von neuen Bausparern. Wir empfehlen Ihnen daher, uns noch heute zu schreiben, wenn Sie die steuerlichen Vorteile, die Ihnen das Bausparen bringt, voll ausnutzen wollen. Eine unserer vielen Beratungsstellen ist ganz in Ihrer Nähe, wo, sagen wir Ihnen auf Wunsch.

Bis zu 400,— DM Wohnungsbauprämie oder erhebliche Steuervergünstigungen

können Sie für Ihre diesjährigen Sparleistungen erhalten, wenn Sie mit dem Bausparen vor dem 31. Dezember beginnen. Näheres über diese staatlichen Hilfen und unsere besonderen Leistungen sagt Ihnen unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“, die wir Ihnen gern kostenlos zusenden.



Beamtenheimstättenwerk

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH
325 Hameln · Postfach 666 · Telefon (0 51 51) 8 61

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

TRIUMPH - BUROMASCHINEN

Büroeinrichtungen — Bürobedarf

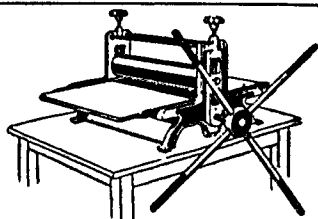
Ernst Baums oHG., Gießen

Bahnhofstr. 26 Tel. Sa.-Nr. 7 10 96 Marburger Str. 15

Karl Reizenzahn

Papier- und Buchhandlung · Schulbedarf
Bürobedarf

Wiesbaden · Wellritzstraße 46 · Ruf 23307



Wenzel-Pressen

Bestens bewährt für Druck
von Linol- und Holzschnitt
und von Radierungen

PAUL WENZEL

6117 Groß-Zimmern, Ritterseestr. 40/II

**Spül- und Reinigungsmittel
Fußbodenpflegemittel**

Sonderkollektion für Behörden und Großverbraucher
Schlüchtern Seifenfabrik E. HEINLEIN.
Schlüchtern Tel. (0 66 61) *8 55

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

HERRY BRECHT

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35
Fernruf: Sa.-Nr. 2 01 51

Teppiche, Gardinen,
Möbel- und
Dekorationsstoffe,
Dekoplastik,
Matratzendelle



Klases

Mainzer Landstraße 120
Ruf 333014

Frankfurt (Main)

DAG-Schule

Buchführung · Lochkartenausbildung · Bilanzwesen
Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72-74

3359

Aufforderung: Für folgendes Sparkassenbuch ist die Kraftloserklärung beantragt worden. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Sparkassenbuch Nr. 8710, lautend auf Wilhelm Speier, Dutenhofen, Münchholzhäuser Str. 18.

633 Wetzlar, 25. 10. 1965

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

3360

Aufforderung: Frau Gerda Kühnel geb. Schwabbauer, Kassel, Weserstr. 3 1/2, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 604 022 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 26. 10. 1965

Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

3361

Aufforderung. Frau Edith Müller geb. Kiesling, Hanau, Katharina-Beigica-Str. 3a, hat die Kraftloserklärung des Sparbuches Nr. 262 815 beantragt,

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

645 Hanau, 14. 10. 1965

Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau
Der Vorstand

3362

Aufforderung. Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

1. Johann Lindemeier, Rörshain, Sparkassenbuch Nr. 55 861;
2. Katharina Dörr, Gebersdorf, Sparkassenbuch Nr. 4102.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

3579 Ziegenhain, 20. 10. 1965

Kreissparkasse Ziegenhain
Der Vorstand



Stätten gepflegter Gastlichkeit

HOTEL NASSAUER HOF, Wiesbaden

Führendes Haus
250 Betten, 150 Privatbäder mit Thermalwasseranschluß. Restaurant, Bar, Konferenzräume für 10-150 Personen, Großgarage und Tankstelle im Hause, Fahrer-Zimmer.
Telefon: 5 96 81, Fernschreiber 04/186 847

HOTEL ROSE, WIESBADEN



Weltbekanntes Haus — Jeder Komfort
Thermalbadehaus mit allen medizinischen Bädern
Tel. 3 95 91 - Tel.-Adr. Rosotel - Fernschr. 04-186 815
die gemütliche „ROSE-STUBE“ mit direktem Eingang vom Kranzplatz

Schloß-Hotel „Grüner Wald“



u. Schloßrestaurant, Wiesbaden, Marktstr. 10
Tel.-Sammel-Nr. 5 95 11 - Telex 04 186-719
Inhaber Erich Köhler
Das gediegene und komfortable Haus in zentraler Lage.
150 Betten, Konferenz- und Ausstellungsräume für Familienteste und Tagungen. Gute Parkmöglichkeiten
Internationale Küche

TAUNUS-HOTEL



Rheinstraße 17-21, Tel. 3 97 91, an der Rhein-Main-Halle
150 Betten · 50 Bäder
Restaurant und Hubertusklausur
7 Konferenz- und Ausstellungsräume, Garagen, Parkpl.

BÄREN-HOTEL, Restaurant und Badhaus

Eigene Thermalquelle, Pauschalkuren
Thermalbäder Massagen für Passanten, alle Krankenkassen zugelassen
Inhaber: Familie Bödecker
BARENSTRASSE 3 · FERNSPRECHER 2 62 67 u 2 92 21

Sonderdrucke des Staats-Anzeiger
sind gegen Einsendung des angegebenen Stückpreises und DM —,50 Verpackungs- und Versandkosten erhältlich:

„Hessen, ein klassisches Genossenschaftsland“
Stückpreis DM 1,50

„Die Wasserwirtschaft in Hessen 1964“
Stückpreis DM 2,50

„700 Jahre Hessen“
mit „Rückblick und Ausblick 1964/65“
Stückpreis DM 2,—

„Bauen und Wohnen in Hessen“
Stückpreis DM 2,—

Verlag Kultur und Wissen GmbH
62 Wiesbaden
Wilhelmstraße 42
Postscheckkonto
Ffm, Nr. 143 60

Lieben Sie gutes Brot?

Brockenheimer

Wer seine Gesundheit liebt, trinkt

auf alle Fälle

Hessen Quelle

ein wertvolles Mineralwasser aus Bad Vilbel